

# Frankfurter Allgemeine

## ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 14. Dezember 2012 · Nr. 292/50 D2

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

## Homosexuelle vorerst nicht gleichgestellt

ban. BERLIN, 13. Dezember. Die Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags und das Jahressteuergesetz können nicht zum 1. Januar 2013 in Kraft treten. Die Fraktionen von Union und FDP lehnten es ab, über die Vorhaben – wie ursprünglich geplant – an diesem Freitag im Parlament abzustimmen. Sie berieten sich auf die Geschäftsordnung des Bundestages, nach der die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses bis Mittwochabend 24 Uhr den Abgeordneten hätten vorliegen müssen. Wegen der Dauer der Verhandlungen war diese Frist nicht eingehalten worden. Gegen den Willen von Union und FDP hatte das Gremium beschlossen, im Jahressteuergesetz sollten homosexuelle Paare Eheleuten gleichgestellt werden. Der CDU-Parteitag hatte dies kürzlich abgelehnt. Der Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck, äußerte, Union und FDP seien sich in der Sache uneinig. „Wir freuen uns auf die unvermeidliche Debatte in der Winterpause.“ Sein FDP-Kollege Jörg van Essen sagte: „Wenn sich der Koalitionspartner nicht bewegt, dann bedauern wir das.“ (Siehe Seite 6 und Wirtschaft, Seite 13.)

## Heute

### Ein Italien, zwei Welten

Ob Berlusconi wieder kandidiert, wissen im Moment nicht einmal seine Anhänger. **Politik, Seite 3**  
Politik und Wirtschaft sind in der Krise, die Luxusbranche ist es nicht. **Deutschland und die Welt, Seite 8**

### Auklärung, bitte

Die West LB ist ein Milliardengrab, der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes ein Verlustgeschäft. Zwei Untersuchungsausschüsse in Nordrhein-Westfalen sollen klären, wer Schuld hat. **Politik, Seite 3**

### Münchner Lausbub

Dass Horst Seehofer, der bayerische Ministerpräsident, öffentlich über seine Kabinettskollegen lästert, hat für Irritationen gesorgt. Einer der Gescholtenen, Markus Söder, will Haltung zeigen. **Politik, Seite 4**

### Raucher-Schreck

Zigarettenpackungen sollen in der EU künftig großflächige Warnhinweise und abschreckende Fotos abbilden. Die EU will 75 Prozent der Vorder- und Rückseite dafür reservieren. **Wirtschaft, Seite 13**

### Zauberfuß Arango

Der Kunstschütze aus Venezuela trifft mit links und ist der neue Star von Borussia Mönchengladbach. Er will seinen Klub wieder in die besseren Kreise der Fußball-Bundesliga führen. **Sport, Seite 29**

### Traumapatient Griechenland

Was geschieht, wenn ein ganzer Staat unter Schock steht? Der Therapeut Georg Pieper ist nach Griechenland gereist. Seine Befunde lassen wenig Hoffnung für die Zukunft. **Feuilleton, Seite 31**

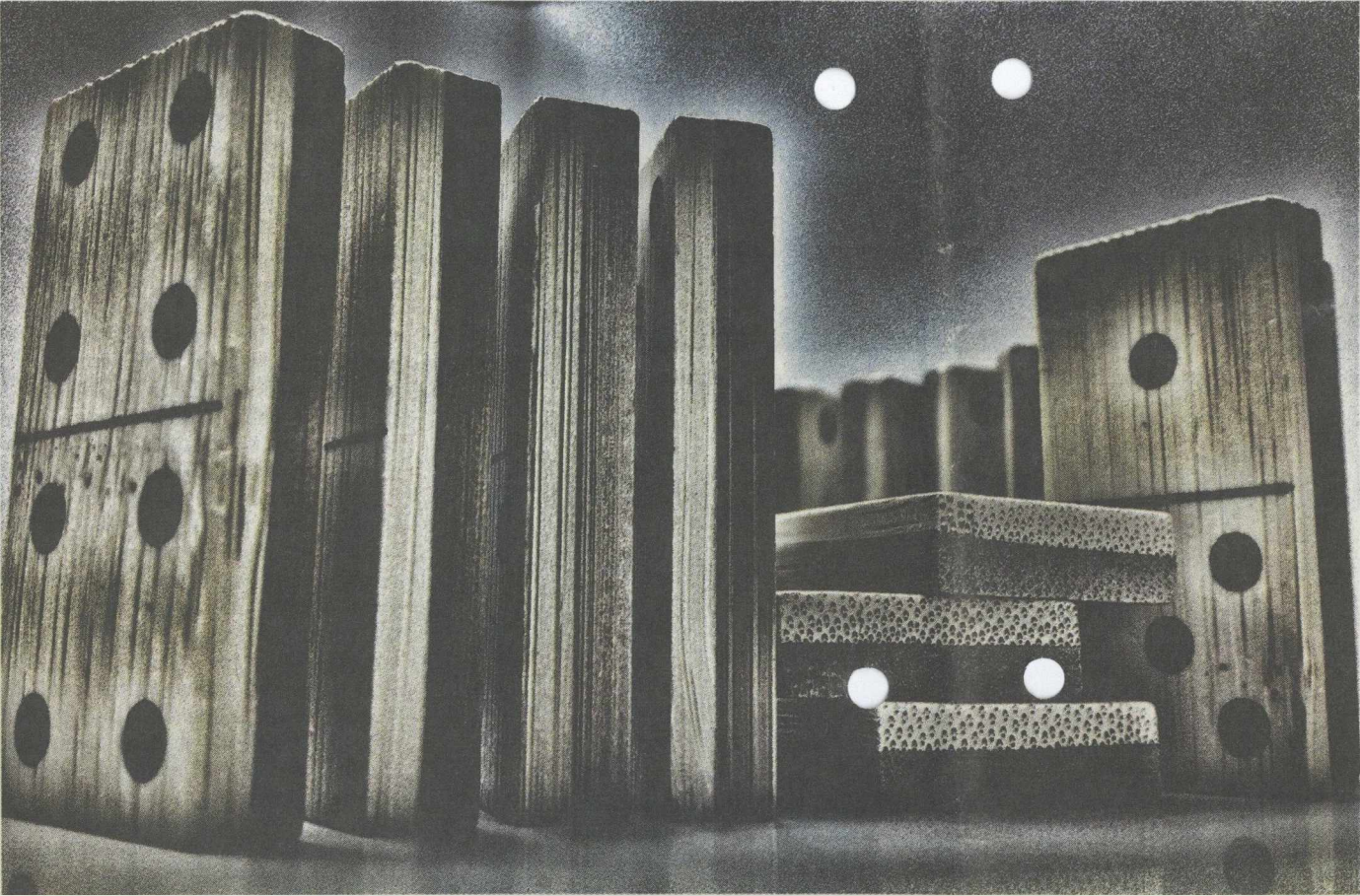
### Zu wenig Studentenbuden

Die Zahl der Studenten steigt. In den großen Städten fällt es ihnen immer schwerer, bezahlbare Unterkünfte zu finden. Private Anbieter können da nur begrenzt helfen. **Immobilienmarkt, Seite 37**

### Mitteilung des Verlags:

Immobilien- und Beteiligungsanzeigen auf den Seiten 18 sowie 38 bis 40

## Dominoeffektverhinderungsmechanismus



**Bankenaufsicht** – Zyniker würden sagen, das Beste, was einer Bank passieren könne, sei die Einstufung als „system-relevant“. Seit der Pleite von Lehman Brothers und den verheerenden Folgen derselben wagt niemand mehr, ein solches Institut einfach so vom Markt verschwinden zu lassen.

Damit das aber kein Freibrief für allzu wüstes Geschäftsgebar wird, will Europa jetzt den großen Banken genau(er) auf die Finger schauen. Auf dass die Hochhäuser nicht zu Kartenhäusern werden und ein Dominostein nicht alle anderen mitreißt. Mehr dazu auf **Seite 11**.

Foto Christian Matthias Pohlert

## Gemeinsame Bankenaufsicht im Euroraum von März 2014 an

EZB für Großbanken zuständig / Merkel: Einigung „nicht hoch genug einzuschätzen“

wmu. BRÜSSEL, 13. Dezember. Kurz vor Beginn des Gipfeltreffens der EU-Staats- und Regierungschefs haben die EU-Finanzminister ein wesentliches Zwischenziel im Rahmen des Ausbaus der europäischen Währungsunion erreicht. Die Grundsatzeinigung auf eine gemeinsame Bankenaufsicht für den Euroraum, auf die sich die Minister nach 14 Stunden dauern Verhandlungen am frühen Donnerstagmorgen in Brüssel verständigt haben, wurde in der Bundesregierung als einer der größten Integrationschritte in der Geschichte der EU gewürdigt. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte vor dem Bundestag, die Einigung sei „nicht hoch genug einzuschätzen“.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sagte nach dem Ministertref-

fen, die Einrichtung einer gemeinsamen Bankenaufsicht habe seit langem zu den zentralen Anliegen der Bundesregierung gehört. Der Minister hat in den Verhandlungen nach eigener Ansicht zwei zentrale deutsche Anliegen durchgesetzt. So sei nun sichergestellt, dass die Bankenaufsicht innerhalb der Europäischen Zentralbank (EZB) klar von der Geldpolitik getrennt sei. Die Geldpolitik könne so unabhängig bleiben. Ferner erhalte die EZB nur die Zuständigkeit für die größeren Banken im Euroraum, während kleinere Institute wie die Sparkassen in der Regel weiter von den nationalen Behörden beaufsichtigt werden.

Die Finanzminister erfüllten mit ihrem Beschluss einen Auftrag der Staats- und

Regierungschefs, das Gesetzgebungsverfahren im Ministerrat noch in diesem Jahr abzuschließen. Allerdings muss auch das Europaparlament dem neuen Regelwerk noch zustimmen. Die Aufsichtsbehörde in der EZB kann deshalb ihre Arbeit frühestens zum 1. März 2014 aufnehmen. Die umstrittene direkte Rekapitalisierung einzelner Banken durch den Krisenfonds ESM, auf die vor allem Spanien und Italien dringen, ist vor diesem Datum nur unter Bedingungen möglich. Schäuble verwies darauf, dass dafür ein einstimmiger Antrag der ESM-Gremien sowie ein Beschluss des Bundestags notwendig erforderlich seien. Er halte es für wenig wahrscheinlich, dass ein solcher Fall eintrete, sagte der Minister. (Fortsetzung Seite 2, siehe Seite 10 und Wirtschaft, Seite 11.)

## Mazedonien für Überstellung Masris an CIA verurteilt

Menschenrechtsgerichtshof: Verstöße gegen Folterverbot und Recht auf Freiheit und Sicherheit

Mü. FRANKFURT, 13. Dezember. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Mazedonien wegen der Überstellung des deutschen Staatsangehörigen Khaled al Masri an den amerikanischen Geheimdienst CIA verurteilt. Die Straßburger Richter sprachen Masri, der mehr als vier Monate in Afghanistan gefangen gehalten und misshandelt worden war, eine Entschädigung von 60000 Euro zu. Der Deutsch-Libanese war 2003 in Skopje festgenommen worden. Nach wochenlangem Verhör wurde er dem amerikanischen Geheimdienst übergeben. Als mutmaßlichen Terroristen brachte man ihn nach Afghanistan. Der Menschenrechtsgerichtshof entschied, dass Mazedonien mehrfach gegen das in der Europäischen Menschenrechtskonvention veran-

kerte Verbot der Folter und unmenschlicher Behandlung verstoßen habe. Außerdem habe Masri Recht auf Freiheit und Sicherheit habe das Land wegen der 23 Tage dauernden Haft in einem Hotel in Skopje und der anschließenden Gefangenschaft in Afghanistan verstoßen. Die Straßburger Richter rügten zudem eine Verletzung des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens sowie des Rechts „auf wirksame Beschwerde“.

Die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sah die Darstellung Masris als „ohne vernünftigen Zweifel“ nachgewiesen an und befand, dass die „Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien“ für seine Folter und Misshandlung sowohl auf ihrem eigenen Staatsgebiet als auch im Zusammen-

hang mit der außergerichtlichen Überstellung verantwortlich war.

Masri war nach seiner Inhaftierung in Skopje im Januar 2004 in Handschellen und mit verbundenen Augen zum Flughafen gebracht worden, wo ihn maskierte Männer verprügelt hätten. Anschließend sei er nach seinen eigenen, für glaubhaft erklärten Angaben ausgezogen und mit einem Objekt vergewaltigt worden. Später seien ihm Windeln und ein Trainingsanzug angezogen worden. Gefesselt, mit einer Kapuze über dem Kopf sei Masri unter Gewaltanwendung zu einem von mazedonischen Sicherheitskräften umgestellten Flugzeug gebracht worden. Im Flugzeug sei er auf den Boden geworfen, angekettet und mit Gewalt ruhiggestellt worden. (Fortsetzung Seite 2.)

## Erstes Märchen von Andersen entdeckt

spre. FRANKFURT, 13. Dezember. In einem Archiv der dänischen Stadt Odense ist der früheste erhaltene Märchentext von Hans Christian Andersen entdeckt worden. Der Autor, der später mit „Das Feuerzeug“, „Des Kaisers neue Kleider“ oder „Das hässliche junge Entlein“ weltbekannt wurde, schrieb das nun in einer Abschrift aufgedruckte Märchen „Das Talglicht“ 1822 oder 1823 als Schüler. Wir publizieren „Das Talglicht“ in deutscher Übersetzung. (Siehe Feuilleton, Seite 33.)

## Brüsseler Aussichten

Von Klaus-Dieter Frankenberger

Dieser vorweihnachtliche Ausblick wird potentielle EU-Beitrittskandidaten, vor allem die auf dem Balkan, nicht erfreuen: Bundeskanzlerin Merkel sieht die Europäische Union nicht in der Lage, weitere Länder aufzunehmen oder auch nur Beitrittsverhandlungen zu eröffnen. So ist es: Die Union hat alle Hände voll damit zu tun, den Laden zusammenzuhalten und die Eurozone so auszulockern, dass sich nicht abermals die Existenzfrage stellt. Die Schuldenkrise hat tiefe Spuren hinterlassen, sie absorbiert alle Energien. Für anderes bleibt da wenig Kraft und strategischer Wille. Das kann man bedauern, es ist aber nun mal so.

Alles in allem war die EU-Erweiterung bisher ein Erfolg. Aber man kann auch nicht so tun, als habe es in den vergangenen Jahren keine Krisen gegeben und als sei die letzte Erweiterungsrunde rundum gelungen: In Rumänien etwa wird die politische Auseinandersetzung mit Methoden geführt, die mehr als bedenklich sind. Im kommenden Jahr soll nun Kroatien aufgenommen werden, aber selbst dieses Land ist noch nicht über den Berg. Der Fall Türkei ist, wenn wir ehrlich sind, eine Geschichte von

gestern, die sich zäh und freudlos dahinschleppt, und so weiter. Auch die nach Unabhängigkeit strebenden Katalanen und Schotten haben ihre nationale Rechnung ohne den europäischen Wirt gemacht. Im Falle einer Unabhängigkeit müssten die beiden Länder die EU-Mitgliedschaft neu beantragen, so hat die Kommission es sie wissen lassen. Eine automatische Mitgliedschaft gebe es nicht. Es gibt auch sonst keine Überholsspuren, die schnell nach „Europa“ führen. Es geht nur Schritt für Schritt, wie es die Verträge vorsehen, und nach Maßgabe der Vorbereitungen.

Damit kein Missverständnis aufkommt: „Schuld“ an dem gegenwärtigen Zustand der EU sind nicht ihre „jüngeren“ Mitglieder. Griechenland und die anderen Krisenländer gehören der EU schon viele Jahrzehnte an, Italien ist Gründungsmitglied. Es war schlechte Politik, welche die Staaten an den Abgrund geführt und welche die Union zu gefährlichen Rettungsaktionen gezwungen hat. Der Auftritt des früheren italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi während des Treffens führender christlich-demokratischer Politiker in Brüssel war diesbezüglich ein Menetekel. Ein Politclown, der Realitätsverlust mit antideutscher Rhetorik überkompensiert, sollte Italien erspart bleiben. Und seinen Partnern auch.

## Allmächtige EZB

Von Holger Steltzner

Lieber heute als morgen sollen auch niederländische, finnische oder deutsche Steuerzahler für marode Sparkassen in Spanien und wacklige Großbanken in Frankreich oder Italien haften. Auf Zypern sollen die Bürger sogar Bankeinlagen aus dubiosen russischen Quellen vor Verlusten schützen. Die Staats- und Regierungschefs der EU werden die von der Eurogruppe beschlossene Bankenunion passieren lassen. Damit wird die Europäische Zentralbank (EZB) zum Bankenaufseher und kann als Superbehörde Geldinstitute finanzieren oder schließen und darüber hinaus entscheiden, welcher Staat sich am Markt zu welchem Zins finanzieren kann.

Die EZB wird aus gutem Grund demokratisch nicht kontrolliert, weil sie ihrer ursprünglichen Aufgabe – der Geldpolitik mit dem Ziel Preisstabilität – unabhängig von der Politik nachgehen sollte. Was für die Geldpolitik gut ist, passt aber nicht zur Funktion als Aufsichtsbehörde. Würde die EZB in ihrer neuen Rolle hoheitliche Akte wie etwa die Schließung einer Bank vollziehen, dann müsste nach den Eignern letztlich der Steuerzahler für die Verluste eintreten. Sollen in der Eurozone künftig nicht mehr Parlamente über die Verwendung von Steuergeld entscheiden? Dann drohte die Aushöhlung der Demokratie von innen.

„Wir haben sichergestellt, dass der Rat nicht das Letztentscheidungsrecht hat“ – in diesem Satz von Bundesfinanzminister Schäuble versteckt sich die chinesische Mauer zwischen Geldpolitik und Aufsicht. Im praktischen Leben dürfte sie so durchlässig sein wie ein Sieb. Frankreich und Südeuropa feiern die Vergemeinschaftung der Bankenschulden durch die Bankenunion und die Tatsache, dass die Aufsicht unter dem Dach der EZB angesiedelt ist, die ja ohnehin die Banken finanziert. Für die Wackelbanken aus Südeuropa und Irland ist das ein Riesenerfolg, weil damit auch milliardenschwere Altlasten auf die Schultern aller Eurosteuerzahler verteilt werden können: Die Schulden der Banken im Euroraum sind dreimal so hoch wie die Staatsschulden aller Euroländer.

Viele Deutsche erinnern sich noch daran, wie teuer die „Rettung“ der Landesbanken oder der Hypo Real Estate ist. Dennoch will auch Schäuble die Bankenunion als Erfolg verkaufen, weil die EZB nur für die Großbanken zuständig sei und es angeblich eine strikte Trennung zwischen Geldpolitik und Aufsicht gebe. Die Finanzkrise lehrt aber, dass auch kleine Banken große Verluste bescheren können. Wenn kleine Banken vernetzt und dadurch systemrelevant sind, schlupfen sie im Krisenfall selbstverständlich unter die Fittiche der EZB. Für eine demokratische Scheinlegitimation soll ein neues Aufsichtsgremium sorgen, in dem neben Vertretern aus den Eurostaaten vier EZB-Mitglieder Sitz und Stimme haben. Damit hat zwar formal der geldpolitische Rat der EZB kein

Letztentscheidungsrecht, aber er hat ein Vetorecht. Und da die Zentralbank kaum nachgeordnetes Personal in das neue Gremium schicken und die EZB dank ihres natürlichen Informationsvorsprungs die Sitzungen vorbereiten und dominieren dürfte, geht die Beschwörung der Trennung von Geldpolitik und Aufsicht an der Wirklichkeit vorbei.

Noch schlimmer ist, dass sich die Bundesregierung nicht mit dem Vorschlag durchsetzen konnte, dass im Aufsichtsgremium über die Verteilung von Milliardenrisiken entsprechend dem Kapitalanteil abgestimmt wird. Entschieden wird mit einfacher Mehrheit, also wie in der EZB. Zypern hat also auch dort dasselbe Gewicht wie Deutschland, obwohl der deutsche

Wie streng wird die EZB mit den Geldinstituten sein, die sie als Zombie-Banken am Leben hält?

Steuerzahler fast ein Drittel des Risikos oder der Kosten trägt.

Man mag einwenden, die Trennung von Aufsicht und Geldpolitik sei nur etwas für verstaubte Ordnungspolitik. Dem darf man entgegenhalten, dass die Abkehr vom ordnungspolitischen Grundprinzip der Einheit von Entscheidung und Haftung Europa erst in die Krise geführt hat. Da in akuten Notfällen wie etwa Bankia in Spanien auch ohne Bankenunion geholfen werden kann, gibt es keinen Grund für eine überstürzte Einführung dieser nicht durchdachten Bankenunion. So sinnvoll eine gemeinsame Aufsicht über europäische Banken ist, so schlecht ist eine Aufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank. Bislang ist die EZB nur der Preisstabilität verpflichtet, künftig lebt sie in einem Zielkonflikt mit der Aufsicht. Wie wird sie entscheiden, wenn steigende Inflationsraten eigentlich eine Zinserhöhung nötig machen, diese aber Banken zum Einsturz bringen könnte?

Schließlich sind Zweifel daran erlaubt, dass die EZB streng mit jenen Geldinstituten umspringen wird, die sie seit Jahren mit immer neuen Milliarden spritzen als Zombie-Banken am Leben hält. Ein Aufseher braucht Biss. Den hat die EZB schon deshalb nicht, weil ihr bei der Abwicklung einer Bank selbst die größten Verluste drohen. Denn sie hat in riesigem Umfang Schrottpapiere als Sicherheit für die Finanzierung von Wackelbanken akzeptiert. Fiele eine solche Bank, wäre das Eigenkapital der EZB schnell verloren. Folglich dürfte die Zentralbank selbst Banken ohne Geschäftsmodell und Überlebenschance für heilbar erklären und verlangen, sie aus dem Euro-Rettungstopf ESM mit frischem Kapital zu versorgen. Mit dieser Bankenunion macht die Politik den Bock zum Gärtner.



Briefe an die Herausgeber ..... 7  
Immobilienmarkt ..... 37  
Deutschland und die Welt ..... 8  
Das Kreuzworträtsel ..... 9

Zeitgeschehen ..... 10  
Wirtschaft ..... 11  
Menschen und Wirtschaft ..... 12  
Branchen und Märkte ..... 15

Unternehmen ..... 16  
Wetter ..... 22  
Finanzmarkt ..... 23  
Kurse ..... 26

Sport ..... 29  
Feuilleton ..... 31  
Medien ..... 35  
Fernsehen und Hörfunk ..... 36

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Abonnenten-Service: 0180 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen max. 42 Cent pro Minute). Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de  
Belgien 2,80 € / Dänemark 21 dkr / Finnland, Frankreich, Griechenland 2,80 € / Großbritannien 2,80 € / Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande 2,80 € / Norwegen 29 nkr / Österreich 2,80 € / Portugal (Cont.) 2,80 € / Schweden 28 skr / Schweiz 4,80 sfrs / Slowenien 2,80 € / Spanien, Kanaren 2,80 € / Ungarn 720 ft



STREIFZÜGE

Bad Sooden-Allendorf

Auf das Pferd gekommen

So viel Protest hat Bürgermeister Frank Hix nicht erwartet wegen der Pferdesteuer. Seine Gemeinde, das hochverschuldete Bad Sooden-Allendorf, ist die erste in Deutschland, die Pferdehalter zur Kasse bitten will. 200 Euro jährlich bei etwa 150 Pferdehaltern. Die Gemeinde erhofft sich davon Einnahmen von 30 000 Euro im Jahr.

Nun aber gibt es Widerstand, vor allem auf der Facebook-Seite der Stadt häufen sich die Beschwerden. Einige Nutzer kündigen an, nicht mehr in dem Ort in Nordhessen einkaufen oder ihre Kur woanders machen zu wollen. Andere befürchten, dass „etliche Pferde zum Schlachter gehen werden“. Zwei Fotos sollen die Szenarien ohne und mit Pferdesteuer illustrieren: Das eine zeigt einen glücklichen Jungen auf einem Pony, das andere ein geschlachtetes Pferd, das an den Beinen zusammengebunden von der Decke herabhängt und ausblutet. An diesem Freitag wollen mehrere Tausend Reiter, Pferdebesitzer und Züchter aus ganz Deutschland auf dem Marktplatz demonstrieren. „Wenn der Damm erst mal gebrochen ist, wird es nicht bei 200 Euro im Jahr bleiben“, sagt Christoph Cortis vom Reit- und Fahrverein Bad Sooden-Allendorf, der die Demonstration mitorganisiert hat. Schon jetzt haben weitere hessische Gemeinden angekündigt, eine Pferdesteuer einzuführen.

Bad Sooden-Allendorf steht nach Angaben von Bürgermeister Hix „kurz vor der Überschuldung“. Um unter den Rettungsschirm der hessischen Landesregierung schlüpfen zu dürfen, hat die Stadtverordnetenversammlung ein millionenschweres Sparpaket beschlossen: Die Gewerbesteuer wird angehoben, die Kindergartengebühren steigen, das Freibad und die Bücherei müssen mit weniger Geld auskommen, in der Stadtverwaltung wird jede vierte Stelle gestrichen. 6,5 bis sieben Millionen Euro sollen so bis 2020 jedes Jahr gespart werden. Die Pferdesteuer sei nur eine von vielen Maßnahmen, sagt Hix. „Die Herkulesaufgabe, die vor uns liegt, können wir nur mit Schmerzen für uns alle lösen.“ Er ruft jetzt dazu auf, „phantasievoll zu demonstrieren“: Pferdefreunde sollten die Stadt nicht boykottieren, sondern unterstützen: „Jede Übernachtung füllt das Stadtsäckel.“

BRITTA BEEGER

Heute

Parlamentsprügelei

Das ukrainische Parlament hat der Ernennung von Mykola Asarow zum Regierungschef zugestimmt. Vor der Abstimmung prügelten sich Abgeordnete von Opposition und der regierenden Partei. **Politik, Seite 6**

Japans Flucht nach rechts

Die Liberaldemokraten werden wohl wieder Japan regieren. Das liegt aber nicht daran, dass die Wähler von der LDP begeistert wären. Sie sind enttäuscht von den Demokraten. **Politik, Seite 7**

Juden, Christen, Muslime

In Córdoba Torre de la Calahorra wird die Epoche des friedlichen Nebeneinanders der drei Weltreligionen greifbar. „Convivencia“ heißt sie auf Spanisch. **Deutschland und die Welt, Seite 8**

Vom Beginn des Kosmos

Wissenschaftler haben mit dem Weltraumteleskop Hubble Galaxien entdeckt, die vor mehr als 13 Milliarden Jahren entstanden sind – in den Anfangszeiten des Universums. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

Kein Feindbild Deutschland

Silvio Berlusconi wollte im italienischen Wahlkampf mit Parolen gegen Deutschland punkten. Die Rechnung geht aber nicht auf. Denn die Stimmung im Land ist nicht antideutsch. **Zeitgeschehen, Seite 10**

Der Europäer Schäuble

Mit der Bankenaufsicht und der Schuldenkrise bestimmt Europa den Terminkalender des Finanzministers Schäuble. Seit Jahrzehnten ist Europa bereits die Mission des Politikers Schäuble. **Zeitgeschehen, Seite 10**



Auf dem Sprung nach Brüssel: Bundeskanzlerin Angela Merkel verlässt den Bundestag nach ihrer Regierungserklärung. Foto AFP

Merkel: Fahrplan für die nächsten Monate

EU-Gipfel zur Vertiefung der Währungsunion / Regierungserklärung im Bundestag

nbu/mas. BRÜSSEL/BERLIN, 13. Dezember. In Brüssel hat am Donnerstagabend ein EU-Gipfel begonnen, auf dem über die weitere Vertiefung des Euro-raums beraten werden sollte. Bundeskanzlerin Angela Merkel machte bei ihrer Ankunft noch einmal deutlich, dass sie vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der Euroländer gestärkt sehen wolle. „Bei unseren Beratungen wird es vor allem darum gehen, die wirtschaftliche Koordinierung zu verstärken.“ Die Bundesregierung hatte schon in den Tagen vor dem Gipfel wissen lassen, dass dieses Thema bei der Reform der Währungsunion für sie im Vordergrund stehen solle, nicht dagegen die Gründung neuer Hilfstöpfe in Brüssel.

Frau Merkel sagte, sie erwarte von diesem Europäischen Rat vor allem die Verabschiedung eines „Fahrplans für die nächsten Monate“. Auch in Brüssel wurde nicht mit konkreten Beschlüssen gerechnet. Ratspräsident Herman Van Rompuy hatte kurz vor Beginn der Beratungen den Entwurf für die Abschlusserklärung so verändert, dass er deutschen Wünschen entgegenkam. So strich er den Vorschlag, für den Euroraum eine „Fiskalkapazität“ einzuführen, und entfernte einige zeitliche Vorgaben. Seine Idee, den Eurostaaten künftig finanzielle Hilfe gegen wirtschaftliche Schocks zu bieten, bleibt aber weiter Teil des Entwurfs. Diese Konzepte stammen aus einem Bericht über eine Vertiefung der Währungsunion, den Van Rompuy zusammen mit Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker und EZB-Präsident Mario Draghi für den Gipfel verfasst hat. Die Bundesregierung interessiert sich stärker für die Einführung von sogenannten Vertragspartnerschaften, einem anderen Vorschlag aus Van Rompuy's Papier. Darin sollen sich Eurostaaten verbindlich zu wirtschaftspolitischen Reformen verpflichten.

Der französische Präsident François Hollande verlangte ebenfalls eine besse-

re wirtschaftspolitische Koordination zwischen den Euroländern, sprach aber nicht von Wettbewerbsfähigkeit, sondern von der Notwendigkeit, Wachstum zu erzeugen. Das ist im französischen Verständnis nicht unbedingt mit Liberalisierungen im deutschen Sinne verbunden. Er brachte außerdem einen alten Vorschlag wieder ins Spiel, bei der Berechnung der Haushaltsdefizite in der Eurozone sogenannte „Zukunftsinvestitionen“ nicht zu berücksichtigen. Hollande sagte, das schlage der italienische Ministerpräsident Mario Monti vor.

Vor dem EU-Gipfel hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in einer Regierungserklärung im Bundestag davor gewarnt, in der Euro-Krise auf halbem Weg stehen zu bleiben. „Die Erfolge gerade dieses Jahres 2012 zeigen: Wir sind ein gutes Stück vorangekommen auf dem Weg zu einem Europa der Stabilität und Stärke. Aber wir dürfen uns mit dem Erreichten nicht zufriedengeben“, mahnte sie. „Anstatt uns jetzt zurückzulehnen, müssen wir vielmehr auf allen Ebenen Schritt für Schritt dafür sorgen, dass sich die Stärken Europas auch wirklich entfalten können“, hob die Bundeskanzlerin vor ihrem Abflug nach Brüssel hervor. Genau in diesem Geiste werde sich der Europäische Rat bis diesen Freitag mit der Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion beschäftigen. Die Opposition im Bundestag kritisierte, Merkel sei mit ihrem Sparkurs für den Wirtschaftsabschwung in Europa verantwortlich.

Die Bundeskanzlerin spielte in der Erklärung die Bedeutung des Rompuy-Papiers herunter. Sie sprach von einem „Hintergrunddokument“. Es werde nicht Teil der Beschlussfassung sein, sondern nur als Anregung für die Diskussionen dienen. Für sie selbst stehe ohnehin nicht im Vordergrund, „was wir irgendwann in einer fernen Zukunft machen wollen“, sondern was man in den nächsten ein, zwei, drei Jahren schaffen müsse, um die Wirtschafts- und Währungsunion dauerhaft zu stabilisieren. „Neben mehr Regulie-

rung der Finanzmärkte, einer besseren Bankenaufsicht und fiskalischer Zusammenarbeit gibt es dabei gerade auch vor dem Hintergrund der Konkurrenz weltweit eine Schlüsselfrage: Das ist die Wettbewerbsfähigkeit.“ Nur mit ihr könne man Wachstum und Beschäftigung dauerhaft zurückgewinnen. 90 Prozent des weltweiten Wachstums finden außerhalb Europas statt. „Wir müssen exportfähig sein. Wir müssen unsere Produkte verkaufen können. Das geht nur, wenn wir wettbewerbsfähig sind.“

Frau Merkel sprach auch von ersten Erfolgen der Anpassungsmaßnahmen. In Irland, Spanien, Portugal und Griechenland gebe es Anzeichen für eine Überwindung der Krise, sagte Merkel. So gingen die Defizite in den Leistungsbilanzen erkennbar zurück. „In Irland ist das Defizit bereits abgebaut. Die Lohnstückkosten sind spürbar gesunken; das gilt ebenso für Portugal und Spanien, aber auch für Griechenland.“ Den Bürgern verlange das viel ab. „Aber die Mühe ist nicht umsonst.“ Merkel signalisierte die Bereitschaft Deutschlands, zur Erholung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Partner befristete finanzielle Anreize zu schaffen. Sie warnte jedoch: „Dies sollte nicht missverstanden werden.“

SPD-Chef Sigmar Gabriel warf Merkel vor, einen „faustischen Pakt“ mit dem britischen Premier David Cameron geschlossen zu haben, um die für mehr Wachstum nötigen Mittel zu sperren. „Sie hinterlassen ein schlechteres Europa.“ Millionen Menschen hätten weniger Hoffnung und mehr Frust. Die Arbeitslosigkeit steige, zugleich wüchsen die Schulden. Der Anteil Deutschlands an den diversen Rettungspaketen sei von anfangs 8,4 Milliarden Euro über 370 Milliarden Euro durch Gemeinschaftshaftung über die Europäische Zentralbank auf 1 Billion Euro gestiegen. Gabriel forderte einen Bankenfonds, den die Kreditinstitute selbst befüllen sollten, um die Steuerzahler zu schützen.

Genug von der Spektakelpolitik

Unmut über Berlusconi in der EVP / Von Michael Stabenow

BRÜSSEL, 13. Dezember. Am Ende bleibt für Silvio Berlusconi nur ein Stuhl am Katzentisch. Dort, wo er bis zu seinem Rücktritt vom Amt des italienischen Ministerpräsidenten so oft gesessen und getafelt hat, nimmt am Donnerstag sein Nachfolger Mario Monti Platz. Statt des auch bei der Ankunft in Brüssel lächelnden „Cavaliere“ Berlusconi sitzt nun der gestreng wirkende „Professore“ Monti neben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), dem Luxemburger Jean-Claude Juncker und den übrigen Regierungschefs der Europäischen Volkspartei (EVP). Wenige Stunden vor Beginn des EU-Gipfeltreffens sind sie zu einem Arbeitessen im Palast der Königlichen Akademie zusammengekommen. Obwohl Monti, anders als Berlusconi und dessen „Volk der Freiheit“ (PdL), nicht zu den EVP-„Parteifreunden“ zählt, wird schnell klar, dass der amtierende italienische Regierungschef und nicht sein Vorgänger in Brüssel ein Heimspiel hat. Er fühle sich wohl im Kreis der EVP, sagt Monti – viel mehr nicht. Aber er weiß, dass sich fast alle in der Saal ihn und keineswegs Berlusconi als künftigen Spitzenkandidaten in Italien wünschen.

Auch Berlusconi scheint ein Gespür für die Stimmung in der EVP zu haben. Er wiederholte, dass er durchaus bereit sei, zugunsten Montis, falls dieser denn antreten wolle, auf seine eigenen Ambitionen zu verzichten. „Er hat wohl verstanden, dass er die Wahl nicht gewinnen kann und sieht sich jetzt eher als Königsrichter“, sagte später ein Teilnehmer des Treffens.

Selbst EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, EVP-Mitglied, aber durch sein Amt zu politischer Zurückhaltung verpflichtet, hatte Berlusconi tags zuvor ins Gebet genommen. Am Telefon sagte er dem mittlerweile 76-Jährigen alten Politiker unverblümt, „wie wichtig ein stabiles Italien ist, das auf dem Weg der Reformen vorankommt.“ Die offenen Worte zeigten, wie tief der Unmut über Berlusconi sitzt.

Nach Berlusconis euroskeptischen Attacken gegen Bundeskanzlerin Merkel, mit der er zuletzt seine abnormale Bewerbung um das Amt des italienischen Ministerpräsidenten gewürzt hatte, hat der frühere italienische Ministerpräsident vor seiner Abreise nach Brüssel noch einmal kräftig nachgelegt. Einerseits beteuerte er: „Ich habe immer gesagt, dass ich mehr, nicht weniger Europa möchte.“ Andererseits attackierte er – ohne Frau Merkel beim Namen zu nennen – abermals die deutsche Regierungschefin: „Schönfärberei lässt sich von Missverständnissen sprechen. Es liegt viel Arglist in den Positionen verschiedener europäischer Repräsentanten.“ Mit solchen vieldeutigen Anwürfen gegen Europa im Allgemeinen und Kanzlerin Merkel im Besonderen hat Berlusconi in den vergangenen Tagen nicht nur die römische Politik, sondern auch die sonst eher betuliche EVP-Parlamentsfraktion in Brüssel in hellen Aufruhr versetzt.

Dass Berlusconi nun ausgerechnet mit euroskeptischen Parolen und dem Vorwurf punkten will, die „deutsche Sparpolitik“ habe Italien in die Rezession getrieben, sorgt unter den 270 Fraktionsmitgliedern für böses Blut. Der Fraktionsvorsitzende Joseph Daul, ein selten boshaft wirkender elsässischer Bauernsohn, hatte Berlusconi am Dienstag in Straßburg zwar nicht namentlich erwähnt. Aber es war klar, auf wen seine Kritik an der „Spektakelpolitik“ gemünzt war. Als Kronzeugen hatte er gleich Mario Mauro, den Vorsitzenden der 26 Europaabgeordneten der Berlusconi-Partei PdL mitgebracht. Wenn es hart auf hart komme, „dann stehen wir an der Seite Europas“, kündigte Mauro an. Und am Donnerstag, als Berlusconi gerade in Brüssel gelandet war, verschickte Daul seine Grußbotschaft nicht nur – wie üblich – auf Französisch und Englisch, sondern ausnahmsweise auch auf Italienisch. Sie lautet: „Die EVP-Gruppe steht vereint gegen alle Arten von Populismus und antieuropäischen Herangehensweisen“.

Fortsetzung von Seite 1

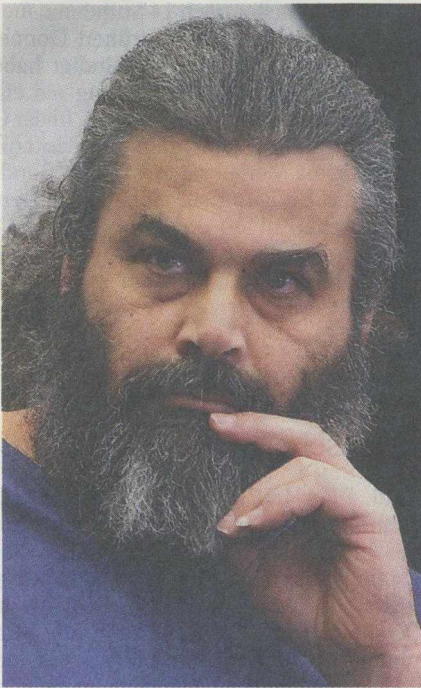
Urteil im Fall Masri

Offenbar entsprach Masris Behandlung am Flughafen Skopje „in bemerkenswerter Weise“ dem in einem später offengelegten CIA-Dokument beschriebenen sogenannten „capture-shock“-Verfahren.

Ende Mai 2004 wurde Masri mit verbundenen Augen und in Handschellen zunächst nach Albanien und später nach Deutschland geflogen. In Deutschland wurde ein Strafverfahren zur Aufklärung seiner Vorwürfe eröffnet. Die Staatsanwaltschaft München erließ im

Januar 2007 Haftbefehle gegen eine Reihe von CIA-Agenten wegen ihrer Verwicklung in die mutmaßliche Überstelungsaktion. Eine im Dezember 2005 von der American Civil Liberties Union im Namen Masris in den Vereinigten Staaten erstattete Strafanzeige gegen den damaligen CIA-Direktor und unbekannte CIA-Agenten wurde abgewiesen. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten nahm den Fall nicht an: das staatliche Interesse am Schutz von Staatsgeheimnissen habe Vorrang gegenüber dem individuellen Anspruch Masris auf Gerechtigkeit. Eine im Oktober 2008 von Masris Anwalt in Mazedonien erstattete Strafanzeige gegen unbekannte Justizbeamte wegen der Haft und Entführung wurde von der Staatsanwaltschaft Skopje im Dezember 2008 abgewiesen. Der Bundestag setzte im April 2006 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Klärung deutscher Geheimdienstaktivitäten im Zusammenhang mit der Bekämpfung des internationalen Terrorismus ein. Der Ausschuss kam 2009 zu dem Schluss, dass Masris Darstellung seiner Gefangenschaft in Mazedonien und in Afghanistan glaubwürdig sei.

Der Menschenrechtsgerichtshof hob jetzt hervor, dass der Fall nicht nur für Masri von Bedeutung sei, sondern auch für andere Opfer ähnlicher Taten sowie für die allgemeine Öffentlichkeit, die ein Recht auf Kenntnis der Vorgänge habe. Die Straßburger Richter kamen zu dem Schluss, dass die von Mazedonien vorgenommenen Ermittlungen nicht effektiv gewesen seien, um die Wahrheit ans Licht zu bringen.



Kläger: Masri im März 2010 Foto dpa

Fortsetzung von Seite 1

Bankenaufsicht von März 2014 an

Die Finanzminister des Euro-raums bitten am Donnerstag weitere Hilfskredite für Griechenland. Der Chef der Eurogruppe, Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker, teilte nach einer Sondersitzung mit, die Minister hätten den Krisenfonds

EFSF ermächtigt, bis März Kredite von insgesamt 49,1 Milliarden Euro an Athen aus-zuzahlen. Davon sollen 34,3 Milliarden Euro nun überwiesen werden. Dieser Betrag ist laut EFSF-Chef Klaus Regling zur Finanzierung dreier Posten geteilt. Rund 16 Milliarden Euro müssen zur Liquidierung griechischer Banken aufgewendet werden, 7 Milliarden Euro für Haushaltslücken und 11,3 Milliarden Euro für die Finanzierung des Schuldentrückkaufprogramms. Weitere 14,8 Milliarden sollen bis Ende März 2013 fließen. Der Gesamtbe-

trag von 49,1 Milliarden Euro ist höher als die bisher geplanten knapp 44 Milliarden Euro. Der Grund ist das Ergebnis des griechischen Schuldentrückkaufs. Athen hatte den Investoren mehr Geld bieten müssen, als von den Ministern vorgesehen. Nach Schätzungen werden deshalb aus dem laufenden Hilfsprogramm 5,4 Milliarden Euro zur Finanzierung des Schuldentrückkaufs vorgezogen. Dabei gehe es aber nicht um eine Aufstockung. Die Differenz werde „in der Laufzeit des Programms von 2014 wieder abgezogen“.

STIMMEN DER ANDEREN

**Verkommene Sitten beim Investmentbanking**  
*Die „Frankfurter Rundschau“ kommentiert die Razzia bei der Deutschen Bank wegen des Verdachts auf Umsatzsteuerbetrug:*

„Viel schlimmer kann die Justiz Europas größtem Geldhaus nicht schaden: 20 Einsatzwagen der Polizei blockieren die Eingänge zur Deutschen Bank. Das rabiate Vorgehen mag auf den ersten Blick populistisch sein. Auf den zweiten Blick ist das respektlose Verhalten der Justiz jedoch zu begrüßen. Denn es macht klar, dass die Gesellschaft die Verantwortung dort sucht, wo sie hingehört: ganz oben. Und in kaum einer Branche waren die Sitten so verkommen wie im Investmentbanking, wo hohe Boni und 25 Prozent Rendite alles waren. Wer hat diese Kultur befördert? Natürlich das Top-Management, zu dem Jürgen Fitschen seit langem gehört. Dass er, seit er Chef ist, immer wieder dem Kulturwandel und einer neuen Bescheidenheit das Wort redet, verrät: Ihm ist die Unmoral in der Ära Ackermann inzwischen bewusst.“

**Immer mehr Skandale bei der Deutschen Bank**  
*Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ (Essen) erinnert an die jüngsten Vorfälle bei der Bank:*

„Erst der Skandal um den manipulierten Interbanken-Zins Libor, mögliche Falschbewertungen von milliardenschweren Wertpapieren, jetzt die Verstrickung in eine der größten Wirtschaftsstrafsachen – bei der Deutschen Bank brennt es. Draußen schüttelt man nur noch den Kopf: Haben Zocker und Betrüger in Deutschlands größtem Geldhaus zu leichtes Spiel? Was treibt der Vorstand eigentlich? Die Bank reagiert beschämend dürtig

mit wenigen dünnen Sätzen. Totales Schweigen sogar an der Spitze: Von den Ackermann-Nachfolgern Anshu Jain und Jürgen Fitschen ist in diesen Tagen kein einziges Wort zu hören.“

**Die Unternehmenskultur der Deutschen Bank**  
*Die Zeitung „Die Welt“ beurteilt die Unternehmenskultur der Deutschen Bank kritisch:*

„Es war das typische Arsenal der Beschwichtigungssätze, dessen sich die Deutsche Bank bedien-te: Es seien nur einige wenige Mitarbeiter, denen Steuerbetrug beim Handel mit Emissionszertifikaten vorgeworfen werde. Selbstverständlich kooperiere die Bank mit den Behörden, um den Fall aufzuklären. Und dabei schwang die Botschaft mit, gegen die kriminelle Energie Einzelner sei ja jedes Unternehmen machtlos. Diese Argumentation ist spätestens jetzt ins Wanken geraten. Nun ist es keine Affäre von Einzeltätern mehr, es ist eine Affäre der Bank an sich. Selbstverständlich gilt für alle die Unschuldsumutung. Doch diese hat die Deutsche Bank schon weitgehend strapaziert. Die Häufung der Fälle ist frapierend. Die Frage, ob hier nicht eine grundfalsche Unternehmenskultur herrscht, steht drohend im Raum.“

**Kulturgut Fußball mit Aufwand für die Sicherheit**  
*Die „Süddeutsche Zeitung“ (München) kommentiert das neue Sicherheitskonzept im deutschen Profifußball:*

„Der Fußball hält sich mit einigem Recht für ein Kulturgut. Seine Profiklubs bezahlen etwa eine Milliarde Euro an Steuern im Jahr. Dass sie sich dagegen wehren,

Polizeikosten in Rechnung gestellt zu bekommen, ist zu verstehen. Am Ende werden die Klubs für mehr Sicherheit in ihren Stadien aber auch mehr Geld in die Hand nehmen müssen – wer Kulturgut sein will, muss sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung stellen.“

**Das Sicherheitskonzept funktioniert nicht**  
*Die „Sächsische Zeitung“ (Dresden) vermutet:*

„Das so hochgelobte Konzept wird mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zu mehr Sicherheit in den Stadien führen. Denn die neuen Maßnahmen treffen nicht nur die wenigen gewaltbereiten und Gewalt suchenden Rand-alierer. Sie beeinträchtigen auch die große Masse der tatsächlichen friedfertigen Fußballanhänger, die sich so mit ungerecht behandelt fühlen. Deshalb werden sie nicht nur die neuen Regelungen ablehnen, sondern, was viel schlimmer ist, auch nicht bei der Isolierung der Gewalttäter kooperieren.“

**Chinas Bedauern zu Nordkoreas Raketenstart**  
*Das „Flensburger Tageblatt“ befasst sich mit dem Raketenstart in Nordkorea:*

„Dass Peking den Start der Rakete ‚bedauert‘ und sich nicht etwa vor Nordkorea stellt, spricht Bände. An einem unberechenbaren Terrorstaat aber hat niemand Interesse – schon gar nicht eine Wirtschaftsmacht wie China. Zudem sieht sich die Volksrepublik unter Handlungsdruck. Die Obama-Regierung hat ihre Ambitionen in der Region erst vor Kurzem wieder deutlich gemacht. Möchte China dem politisch etwas entgegensetzen, ist es mit Investitionen und Exporten allein nicht getan. Ziel muss es dann sein, sich als regionale Ordnungs-

macht zu etablieren. Eine solche aber löst die Probleme in seiner Nachbarschaft selbst – Probleme wie Nordkorea.“

**Putins Rede zeigt Stagnation**  
*Zur Ansprache des Präsidenten Putin an die Nation schreibt die Tageszeitung „Wedomosti“ (Moskau):*

„Putin versucht stets, ein sehr breites Spektrum von Fragen abzudecken, indem er beschreibt, wie das Land lebt (manchmal schwierig, aber grundsätzlich immer besser) und wie es in der Zukunft leben wird (noch besser). ... Das allgemeine Signal dieser Ansprache sollte vermutlich die Bestätigung der Stabilität als Hauptmerkmal von Putins Herrschaft sein, die eng mit ihm persönlich verbunden ist. Diese ‚Stabilität‘ dissoniert mit dem Ruf nach Veränderung, den die Gesellschaft 2012 klar artikuliert hat. Das ist keine Stabilität, das ist Stagnation.“

**Al Qaida in Syrien**  
*Zur Syrien-Konflikt schreibt die liberale Zeitung „Der Standard“ (Wien):*

„Es ist ganz einfach so: Den Krieg in Syrien führt und gewinnt eine andere Gruppe als jene, die der Westen dort gerne hätte. Al Qaida/Nusra hat von den Fehlern im Irak gelernt, konzentriert sich auf Großtattentate gegen staatliche Ziele (wenigleich mit menschlichem ‚Kollateralschaden‘), ist korrekt zu den Zivilisten und gewinnt ‚hearts and minds‘. Warum sie sich nach dem Sturz des Assad-Regimes den Wünschen der westlich geförderten Opposition unterwerfen sollte, ist schleierhaft.“



## Extra-Geld für Verzicht auf Strombezug

ami. BERLIN, 13. Dezember. Unternehmern, vor allem solche mit hohem Stromverbrauch wie Aluminiumhütten, beklagen hohe Energiekosten. Künftig können Betriebe mit sehr hohem Stromverbrauch daraus ein Geschäft machen: Sie können sich ihre Bereitschaft, die Stromzufuhr unterbrechen zu lassen, mit aufs Jahr gerechnet 30 000 Euro je Megawatt (MW) vergüten lassen; 3000 MW würden jeden Monat ausgeschrie­ben. Fällt der Strom aus, gibt es eine Extravergütung von bis zu 400 Euro je (nicht verbrauchter) Megawattstunde. Die Kosten werden auf alle Verbraucher umgelegt, die Regierung kalkuliert die Mehrkosten je Haushalt auf 2 bis 4 Euro je Haushalt. Das wären 80 bis 160 Millionen Euro. Die Verordnung hat der Bundestag am Donnerstag beschlossen, indem der von Union, FDP und SPD im Wirtschaftsausschuss gefasste Beschluss zu Protokoll ging. Demnach müssen die vier großen Stromnetzbetreiber die „Abschaltleistung“ ausschreiben – ob sie diese nun brauchen oder nicht. Davon erhofft sich die Regierung mehr Stabilität im Netz. Das ist mit der Energiewende unsicherer geworden, weil im Süden Kraftwerke fehlen. Die Netzentagut hat Kraftwerke im Ausland angemietet. Bei hoher Belastung kann es aber helfen, Großverbraucher kurzfristig abzuschalten.

## Heute



**Ein Weihnachtslied**  
Im Jahr 1843 schrieb Charles Dickens seine „Christmas Carol“. Fünfzig Jahre später kaufte der Bankier J. P. Morgan das Manuskript. Heute ist es ein Attraktion. **Seite 12**

### Frontalopposition

Im Vermittlungsausschuss haben SPD und Grüne ihre Muskeln spielen lassen und nahezu sämtliche Steuerpläne von Union und FDP zu Fall gebracht. **Seite 13**

### Geheime Erkenntnisse

Die EZB hat untersucht, wie Goldman Sachs Athen half, Defizite zu verschleiern. Den Bericht will sie nicht herausgeben. **Seite 14**

## Unternehmen

### Kahlschlag bei Loewe

Böse Beschering vor Weihnachten: Der Fernsehgerätehersteller Loewe wird 190 seiner 1000 Stellen streichen. Das Traditionsunternehmen kämpft ums Überleben. **Seite 22**

### Autoindustrie lässt tüfteln

Hersteller wie VW, Daimler und BMW beschäftigen immer mehr Ingenieure nicht mehr im eigenen Haus, sondern extern über Werkverträge. Das ist billiger. **Seite 21**

### Agenturchef im Videospiel

Werber gelten ohnehin als kreative Köpfe. Der Vorstand der Agentur Publicis zeigt das nun mit einem interaktiven Weihnachtsgruß an die Belegschaft. **Seite 19**

### Noch zuversichtlich

Der Maschinenbauverband VDMA sieht keinen Anjass, in den Krisenmodus umzuschalten. Auch im kommenden Jahr will die Branche um 2 Prozent wachsen. **Seite 18**

### Zeiss hält das Tempo hoch

Die Schwäche im Chipgeschäft hat der Optikkonzern mit Hilfe anderer Sparten wettmachen können. Doch alle Konzernteile müssen bis 2016 mehr Gewinn bringen. **Seite 17**

### Mercedes ohne Haug

Der Motorsportchef verlässt nach 22 Jahren den Automobilhersteller. Die Trennung sei nicht der Einstieg in den Ausstieg aus dem Rennsport, heißt es in Stuttgart. **Seite 16**

FIRMENINDEX	Seite	Aurubis	16	EDAG	21	IAV	21	PSA Peugeot-Citroën	21	Tengelmann-Gruppe	18
		Bertrandt	21	Fresenius	19	Loewe	22	Publicis	19	Thyssen-Krupp	21
Air Asia	21	Bosch	17	Fresenius Medical Care	19	Norilsk Nickel	17	Renault	21	UBS	19, 23
Airbus	21	Carl Zeiss	17	Freudenberg	21	Orange	21	Rhön-Klinikum	19	UC Rusal	17
Apple	18	Claas	21	Google	18	Pearson	18	Simon & Schuster	18	Vector Technology	21
Arcelor-Mittal	16	Daimler	16, 21	Holtzbrinck	18	Porsche	21	Sprint Nextel	21	Voestalpine	21
Asklepios	19	Deutsche Bahn	21	Hutchison 3G	21	Prominent	17	Starbucks	18	Volvo	21



Braucht viel Strom: Aluminiumofen in Hamburg-Altenwerder

Foto ddp

## Berlin sieht deutsche Forderungen in der Bankenaufsicht durchgesetzt

EZB soll nur größere Institute kontrollieren / Neues Schlichtungsgremium für Konflikte

wmu. BRÜSSEL, 13. Dezember. Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, dass sie sich in den Verhandlungen der EU-Finanzminister über eine Euro-Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) in wesentlichen Punkten durchgesetzt hat. In Regierungskreisen wurde nach der Entscheidung am frühen Donnerstagmorgen in Brüssel vor allem als Erfolg gewertet, dass die EZB nur auf die größeren Banken direkten Zugriff bekommen soll. Ferner sei mit der jetzt beschlossenen Entscheidungsstruktur die von Deutschland geforderte strikte Trennung von Geldpolitik und Aufsichtsbehörden sichergestellt. So könne die Geldpolitik unabhängig bleiben. Die Bankenaufsicht sei dagegen rechenschaftspflichtig; ihre Entscheidungen seien gerichtlich anfechtbar.

Nach dem Ministerbeschluss soll die EZB die Aufsicht über Kreditinstitute mit einer Bilanzsumme von mindestens 30 Milliarden Euro ausüben. Unter ihre Obhut sollen daneben Banken fallen, deren Bilanzsumme ein Fünftel der Wirtschaftsleistung ihres Heimatlandes erreicht. Ferner sollen unabhängig von diesen Schwellenwerten die drei jeweils größten Institute jedes Teilnehmerlandes unter die neue europäische Aufsicht fallen. Nach Brüsseler Schätzung erhält die EZB so die Zuständigkeit für etwa 150 Banken. Für die übrigen Institute sollen die nationalen Aufsichtsbehörden zuständig bleiben.

Sollte die EZB aber bei ihnen gravierende Probleme feststellen, kann sie in jedem Einzelfall unabhängig von der Größe der Bank die Zuständigkeit an sich ziehen. Grundsätzlich steht die Teilnahme auch allen Nicht-Euro-Staaten frei. Welche dieser Länder die Option wahrnehmen, steht noch nicht genau fest.

Großbritannien und Schweden haben angekündigt, nicht teilnehmen zu wollen.

Soweit die EZB zuständig wird, soll dort die Aufsichtskompetenz so weit wie möglich von dem für die Geldpolitik zuständigen EZB-Rat getrennt werden. Letzterer besteht aus den sechs EZB-Direktorsmitgliedern und den Notenbankpräsidenten der Euro-Staaten. Für das Aufsichtsgremium bestellt der EU-Minister rat (also die Vertretung der Mitgliedstaaten) einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der EZB-Rat hat auf die Bestellung dieser beiden Posten keinen direkten Einfluss. Dem Gremium gehören ferner

Die Entscheidungen des Aufsichtsgremiums gelten, wenn der EZB-Rat keinen Einspruch erhebt.

vier EZB-Vertreter sowie je ein Repräsentant der Teilnehmerstaaten an. Das Aufsichtsgremium entscheidet mit einfacher Mehrheit.

Die Entscheidungen des Aufsichtsgremiums sollen unmittelbar gültig sein, wenn der EZB-Rat keinen Einspruch erhebt. Weil das Einspruchsrecht des EZB-Rats aber fortbesteht, besteht auch der Interessenkonflikt zwischen Geldpolitik und Aufsicht fort. Um ihn abzuschwächen, wurde die von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) geforderte „chinesische Mauer“ zwischen den beiden Kompetenzen durch ein neues Gremium – einen „Schlichtungsausschuss“ – verstärkt. Er tritt auf den Plan, wenn der EZB-Rat einer Aufsichtsentscheidung widerspricht.

Dem Schlichtungsgremium gehört je ein Vertreter jedes Teilnehmerstaats an, es entscheidet ebenfalls mit einfacher Mehrheit.

Im Konfliktfall zwischen EZB-Rat und Aufsichtsgremium hat der Schlichtungsausschuss das Recht auf letzte Entscheidung. Schäuble betonte, er habe verhindern können, dass dieses Letztentscheidungsrecht beim EZB-Rat liege. So sei gesichert, dass Geldpolitik und Aufsicht klar getrennt seien. Eine komplette Trennung liegt aber nicht vor, weil jene Staaten, in denen die Aufsicht ohnehin durch die nationale Notenbank wahrgenommen wird, auch deren Präsidenten (und damit ein EZB-Ratsmitglied) in den Schlichtungsausschuss entsenden können.

Mit der Einigung der Minister ist das Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen. Im neuen Jahr muss auch das Europaparlament zustimmen. In Brüssel hieß es, dies werde wohl noch mindestens zwei Monate dauern. Ihre Arbeit soll die gemeinsame Aufsicht erst ein Jahr nach Abschluss der Gesetzgebung aufnehmen können, damit die EZB genug Zeit hat, um die dafür notwendigen Strukturen aufzubauen. Der frühestmögliche Start der EZB-Aufsicht wäre demnach der 1. März 2014. Schäuble stellte in Brüssel aber klar, dass eine direkte Rekapitalisierung durch den Euro-Rettungsschirm ESM in Einzelfällen nach einem Spezialverfahren schon vorher möglich wäre. Voraussetzung sei ein einstimmiger Beschluss der ESM-Gremien, eine Bank schon früher unter die Kuratel der EZB zu stellen. Voraussetzung für eine solche Einzelfallhilfe sei aber ein einstimmiger Beschluss im ESM, „wenn im Falle Deutschlands eine vorherige Befassung im Bundestag vorliegt“.

(Griechenhilfen bewilligt, Seite 13)

## Deutsche Bank kündigt Sonderlasten an

Fünf Mitarbeiter vor Hafttrichter / Steuerschäden auf 850 Millionen Euro geschätzt

ham/cbu. FRANKFURT, 13. Dezember. Die fünf am Vortag wegen ihrer Verwicklung in angeblich schwere Steuerhinterziehung festgenommenen Mitarbeiter der Deutschen Bank sind am Donnerstag dem Hafttrichter vorgeführt worden. Vier bleiben nach Angaben der Staatsanwaltschaft bis auf weiteres in Haft, einer werde aus gesundheitlichen Gründen freigelassen. Von der Deutschen Bank kam zudem eine Mitteilung zum vierten Quartal, die den Aktienkurs der Bank belastete. Darin bereitet Finanzvorstand Stefan Krause die Anleger darauf vor, dass sich „Sonderposten“ deutlich negativ auf den Gewinn im vierten Quartal auswirken werden.

Als der Aktienkurs der Deutschen Bank daraufhin um gut 3 Prozent sank, widersprach Krause in einer Telefonkonferenz mit Analysten dem Eindruck, die Bank habe eine „Gewinnwarnung“ abgegeben. Vielmehr seien die operativen Geschäfte im Oktober und November in allen Kerngeschäftsfeldern solide gewesen. Auch die Kosten für den geplanten Abbau an Risiken seien mit 200 Millionen Euro bisher niedriger als mit 500 Millionen Euro je

Quartal geplant. „Dies ist keine Gewinnwarnung, sondern eine Orientierungshilfe, in der wir alle möglichen Belastungen aus der Restrukturierung und des Portfolioabbaus auflisten“, sagte Krause.

Wie die Bank am 11. September mitgeteilt hat, will sie von 2015 an jährlich 4,5 Milliarden Euro sparen und Milliardenbestände an riskanten Wertpapieren in eine Abbau-Einheit auslagern. Diese ist nun installiert. Dort sollen Altlasten im Wert von anfangs 122 Milliarden Euro Anfang 2013 auf 90 Milliarden Euro verringert sein. Krause deutet an, dass die Deutsche Bank bereit sein könnte, höhere Verluste in Kauf zu nehmen. Zu den am Vortag auch auf ihn und den Ko-Vorstandsvorsitzenden Jürgen Fischen ausweiteten Ermittlungen wegen des Verdachts schwerer Umsatzsteuerhinterziehung mit Emissionsrechten sagte Krause, es sei nicht abzusehen, wie lange sie dauerten.

Womöglich werden noch weitere Banken in den Fokus der Ermittler geraten, denn das Ausmaß des betrügerischen Handels mit Kohlendioxidemissionsrechten ist groß: Die europäische Polizeibehörde

Europol schätzt den Schaden in Europa auf mehr als 5 Milliarden Euro. In einigen Staaten könnten sogar bis zu 90 Prozent des Handelsvolumens auf solche Betrügereien zurückgehen – das hält auch das Bundeskriminalamt für realistisch. Das BKA hat einen dramatischen Einbruch der Handelszahlen beobachtet, nachdem die Ermittlungen eingesetzt haben. Allein durch Betrügereien im Umsatzsteuerkarussell von Verschmutzungsrechten sei der deutsche Steuerzahler um 850 Millionen Euro gestürzt worden. Durch Umsatzsteuerkarusselle allgemein, etwa mit Mobiltelefonen, entstünden dem Staat jedes Jahr Ausfälle im Milliardenbereich. Der Handel mit Kohlendioxidzertifikaten macht es Betrügern besonders einfach, weil virtuelle Güter gehandelt werden. In Deutschland wurden die gesetzlichen Bestimmungen jedoch im Juli 2010 so geändert, dass ein Betrug in diesem Bereich nicht mehr möglich ist. Damals wurde das „Reverse-Charge-Verfahren“ eingeführt, das die Steuerschuld auf den Käufer verschiebt. (Ausgerechnet der Geradlinigste, Seite 19; UBS droht Milliardenstrafe, Seite 23).

Frankfurter Allgemeine  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Riskantes Spiel der Fed

Von Patrick Welter, Washington

Mit einem Doppelbeschluss hat die amerikanische Notenbank ihre Geldpolitik weiter gelockert. Von Januar an kauft die Federal Reserve wieder direkt Staatsanleihen an. Zugleich bindet sie – und das ist neu – ein Ende der Nullzinspolitik daran, dass die Arbeitslosenquote mindestens auf 6,5 Prozent sinkt und die erwartete Inflation nicht über 2,5 Prozent steigt. So will sie vorhersehbarer werden. Doch mit der Vielzahl von Schwellen- und Zielwerten verlangt die Notenbank ihren Beobachtern einiges ab – zumal die Schwellenwerte dann doch wieder nicht ganz so bindend sein sollen. Da ist nur noch schwer durchzublicken. Mit ihrer Kommunikationsoffensive verwirrt die Fed mehr, als dass sie ihre Geldpolitik transparent erläutert.

Im Kern verkürzt sich die Entscheidung der Fed auf drei Elemente. Mit der ausdrücklichen Bindung der Zinspolitik an die Arbeitslosenquote bekräftigt sie ihre Vorliebe, mehr auf die Feinsteuerung der Konjunktur als auf die Preisniveaustabilität zu schauen. Diese Fehlentwicklung ließe sich nur abstellen, wenn die Amerikaner das duale Fed-Mandat von Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität aufgeben. Mit dem Wahlsieg von Barack Obama ist das für die kommenden

vier Jahre unwahrscheinlich. Zweitens hat die Fed das erst im Februar mit Aplomb eingeführte Inflationsziel von langfristig 2 Prozent weiter aufgeweicht. Als Schwellenwert für eine Aufgabe der Nullzinspolitik setzt sie nun 2,5 Prozent an. Die Fed ist willens, eine höhere Inflation zu akzeptieren, um sich neben der Geldpolitik als Arbeitsamt zu profilieren.

Drittens weitet die Fed ihre Bilanz kräftig aus. Hält sie die angekündigten Ankäufe von Staats- und Hypothekenanleihen für ein Jahr durch, wird ihre Bilanzsumme sich seit der Krise auf fast 4 Billionen Dollar etwa vervierfacht haben. Im selben Ausmaß steigen die künftigen Schwierigkeiten, die monetäre Liquidität einzufangen, wenn die Konjunktur dauerhaft anspringt und der Preisdruck rasch steigen wird. Zugleich erleichtert die Fed den Schuldenkurs Obamas. Behält sie die Käufe 2013 im verkündeten Tempo bei, wird sie 540 Milliarden Dollar Staatsanleihen aus dem Markt nehmen. Die Nullzinspolitik bis mindestens 2015 hält den Schuldendienst niedrig und erlaubt Regierung und Kongress, die Kosten der Neuverschuldung in die Zukunft zu schieben. Für eine marginale Senkung der langfristigen Zinsen geht die Fed so gewaltige Risiken ein.

## Entflechtet Euch!

Von Manfred Schäfers

In einer Nacht der langen Messer haben SPD und Grüne die schwarz-gelben Steuerpläne zerlegt. Der Gesetzentwurf zum Abbau der kalten Progression – durchgesäbelt: nur der Grundfreibetrag wird angepasst, wie es das Grundgesetz verlangt. Das Steuerabkommen mit der Schweiz – ein kurzer Stich, und das war's: die langen Verhandlungen einschließlich der von der SPD durchgesetzten Nachbesserung waren vergeblich, es gibt weder eine pauschale Nachversteuerung der Altanlagen noch eine Besteuerung künftiger Kapitalerträge für den deutschen Fiskus. Das Jahressteuergesetz 2013 – eine kleine Finte, und zahlreiche Maßnahmen zur Anpassung des Steuerrechts wie etwa die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sind hinfällig. Das Gesetz zur steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung – auf kaltem Weg beseitigt: die Wirtschaft muss ihre Hoffnung auf zusätzliche Aufträge dank neuer Anreize begraben. Dass kleinere Korrekturen der Unternehmensbesteuerung und im steuerlichen Reisekostenrecht den Vermittlungsausschuss passiert haben, fällt angesichts dieser Treffer kaum ins Gewicht, so wichtig sie in ihrem Bereich auch sein mögen.

Das Ergebnis der Blockade ist bitter für die Steuerzahler – für die ehrl-

chen wohlgemerkt, für die anderen gilt das weniger. Der geschöpfte Arbeitnehmer muss mehr Steuern zahlen, auch wenn er sich mit seinem Einkommen nicht mehr leisten kann. Weil SPD und Grüne verhindert haben, dass der Steuertarif leicht verschoben wird, steigt künftig gerade im unteren Einkommensbereich die Belastung besonders stark. Gleichzeitig kann der Hinterzieher mit Geld in der Schweiz weiter auf die Verjährung seiner Sünden hoffen. Dem deutschen Fiskus entgehen auf diese Weise Milliarden. Die dahinter stehende Logik ist nicht zu verstehen. Besonders sozial ist es jedenfalls nicht. Wenn man akzeptiert, dass man nicht mit der Kavalierie jedem Betrüger über die Grenze nachjagen kann, bleibt nur eine Verhandlungslösung mit dem Nachbarland. Ohne Vertrag wird man stets nur einen Bruchteil der Steuerhinterzieher erwischen. Dieser Status quo ist nicht befriedigend.

Wieder einmal zeigt sich: Bund und Länder sind im Steuerrecht aufeinander angewiesen, da man sich das Aufkommen der großen Steuern teilt. Dass die Opposition im Bundestag über den Bundesrat aus parteitaktischen Gründen sinnvolle Steuerreformen blockieren kann, ist schlicht empörend: Entflechtet euch!

## Der dumme Stromkunde

Von Andreas Mihm

Kurz vor Weihnachten haben Wirtschaftspolitiker der großen Fraktionen energieintensiv produzierenden Unternehmen nächstens noch ein Geschenk gemacht. Im Bundestagsprotokoll kann man nun nachlesen, dass Unternehmen allein dafür Millionenbeträge kassieren können, dass sie bereit sind, ihre Stromversorgung kappen zu lassen. Kommt es tatsächlich zu diesem Notfall, dann gibt es nach der neuen „Abschaltverordnung“ noch mal Extra-Geld. Dagegen ist auf den ersten Blick nicht viel einzuwenden. Das Ausschreibungsverfahren entspricht Marktregeln; auch früher gehörten unterbrechbare Lieferverträge mit einem Preisabschlag zum Angebot jedes Stromverkäufers. Denn Großabnehmer wie Aluminiumhütten bieten dem Netzbetreiber mit ihrem Entgegenkommen einen geldwerten Vorteil an. Wie eine Versicherung erhalten sie dafür eine Prämie. Ob das versicherte Risiko, die Systemabschaltung, eintreten wird und sie die versprochene Leistung liefern müssen, ist zweitrangig.

Doch der Netzbetreiber, und hier liegt der Hase im Pfeffer, kann sich nicht mehr aussuchen, ob er einen solchen Vertrag anbieten will. Er wird dazu vom Staat verpflichtet und zahlt auf diese Weise Prämien, selbst wenn er für die Versicherung keine betriebl-

che Veranlassung sieht. Das tut ihm nicht weh, denn die Zusatzkosten von vielleicht 100 Millionen Euro im Jahr werden auf die Stromkunden umgelegt. Der ist der Dumme. Doch offenkundig glauben die Politiker, im Finanzierungsdurcheinander um Ökostrombeträge kassieren können, dass sie bereit sind, ihre Stromversorgung kappen zu lassen. Kommt es tatsächlich zu diesem Notfall, dann gibt es nach der neuen „Abschaltverordnung“ noch mal Extra-Geld. Dagegen ist auf den ersten Blick nicht viel einzuwenden. Das Ausschreibungsverfahren entspricht Marktregeln; auch früher gehörten unterbrechbare Lieferverträge mit einem Preisabschlag zum Angebot jedes Stromverkäufers. Denn Großabnehmer wie Aluminiumhütten bieten dem Netzbetreiber mit ihrem Entgegenkommen einen geldwerten Vorteil an. Wie eine Versicherung erhalten sie dafür eine Prämie. Ob das versicherte Risiko, die Systemabschaltung, eintreten wird und sie die versprochene Leistung liefern müssen, ist zweitrangig.

Energieintensiv produzierende Unternehmen sind schon bisher oft von Umlagen etwa für die Ökostromförderung ausgenommen oder von Gebühren für die Nutzung des Stromnetzes befreit. Diese Hilfen sind bis zu einem gewissen Grad gerechtfertigt, weil die politisch gewollte rasche Umstellung auf erneuerbare Energie sonst das Aus bedeutete für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen. Versteckte Subventionen aber sollte es nicht geben. Anfragen der EU-Wettbewerbsbehörden, ob die immer unübersichtlicher werdenden Sonderregelungen für deutsche Betriebe noch EU-konform sind, zeigen ein wachsendes Unbehagen an der deutschen Förderpraxis. Zu Recht, wie das aktuelle Beispiel belegt.



Da lag ein richtiger Schatz vor ihm. Rotes Leder, feines Papier, die schwungvoll in Tinte gegessene Schrift von Charles Dickens: „A Christmas Carol“. John Pierpont Morgan nahm es in die Hand. Das Manuskript war echt, kein Zweifel. Es würde gut in seine Sammlung passen. Der Preis war kein Problem. Morgan war der reichste Banker Amerikas und Dickens seit zwanzig Jahren tot.

Er war der größte Autor seiner Zeit, der Liebling in ganz England. Er hatte ein Leben lang geschrieben, zehn Kinder und ein Erbe von heute 15 Millionen Pfund hinterlassen. Sein Werk ist ein Vermächtnis: 13 000 Seiten voller Geschichten, Dramen und Humor. Mit Oliver Twist, David Copperfield und Tiny Tim begeisterte er Millionen; mit Queen Victoria trank er Tee; mit der Eagle Life Insurance hatte er für seine literarischen Figuren eine Lebensversicherung ausgelotet – allen Ernstes, doch ohne Erfolg.

Seine Helden sind unsterblich, seine Bücher Klassiker, seine Weihnachtsgeschichte ein Bestseller. Was für Dickens als Enttäuschung im krisenzerrütteten London des Winters 1843 begonnen und später im Siegeszug durch die Lesesäle des Landes geendet hatte, ist heute ein Riesengeschäft. Die „Christmas Carol“ war nie out of print; der Stoff ist vertont und verfilmt; Disney erlöste 2009 fast 330 Millionen Dollar, die Muppets erlösten 30 Millionen Dollar damit.

Hundert Jahre bevor Kermit der Frosch, Miss Piggy und die ganze aufgeregte Puppenschar Dickens' festlichen Choral in fünf prosaischen Strophen vom Wandel des eiskalten Londoner Kaufmanns Ebenezer Scrooge zum warmherzigen Spender nachsangen, hatte sich J.P. Morgan durch die Handschrift geblättert. Er kannte die Geschichte, er hat sie oft gelesen und gehört. Als Kind war er betört, wie das Gespenst des toten Marley mit drei traumhaften Geistern dem alten Geizhals Scrooge in der Weihnacht ins Gewissen leuchtet; wie Bob Cratchit trotz eines Hungerlohns seiner Familie ein Festmahl aufischt; wie Tiny Tim todkrank aber unverdrossen ist. Morgan liebte das. Jetzt aber durfte er dies nicht zeigen. Es ging um ein Geschäft. Da zählten nur Zahlen. Show me the Money.

Der Londoner Buchhändler Pearson hatte ihm das Manuskript zur Ansicht rübergeschickt. Er wollte zweitausend Pfund dafür – das Doppelt von dem, was er Stuart Samuel gezahlt hatte. Der Betrag war Kleingeld für Morgan, die Handschrift aber ein Schatz. Er musste sie haben, um jeden Preis, aber nicht für jede Summe. Es ging ihm nicht ums Geld, es ging ihm ums Prinzip. Er war der Chef des „House of Morgan“, der King der Wall Street, der Mann, der jeden Tag Millionen bewegte, Eisenbahnen, Berg- und Stahlwerke besaß, der den Goldstandard und die Börse vor dem Absturz retten wird. Seine Geschäftspartner verbeugten sich vor ihm; seine Angestellten fürchteten ihn; sein Sohn Jack hatte panische Angst, seit er mit dreizehn Jahren Dickens' Roman „Dombey & Son“ gelesen hatte, dabei in Tränen ausgebrochen, von seinem Vater überrascht und als Schwächling abgetan worden war. Ein Morgan weint nicht, ein Morgan wehrt sich oder bleibt immer nur ein Träumer.

Jack weinte und las Dickens. Der war ein Leben lang seinen Träumen gefolgt: Denen, die im Schlaf zu ihm kamen; und denen, die ihm auf seinen nächtlichen Märschen in London durch den Kopf schossen. Er hatte sie in feinziselierten Sätzen zu gewaltigen Geschichten geformt, sie meistbietend verkauft und ein Vermögen verdient. Er wusste, was zählt. Das hatte er als Kind schon gelernt. Sein Vater saß im Londoner Schuldgefängnis, als Dickens im Alter von zwölf Jahren die Schule verlassen und zehn Stunden am Tag für eine Handvoll Schilling in einer Fabrik schwarzes Schuhfett in Gläser füllen musste. Später wurde er Schreiber in einer Kanzlei, dann in einer Zeitung. Ein rasender Reporter.

Die Armut hatte ihm früh die Kindheit genommen und ihm später den Stoff für seine Geschichten beschert. Er schrieb wie im Rausch; Tag und Nacht; oft an zwei, drei Stücken auf einmal. Literatur vom Fließband. Auf Seite und Zeile berechnet, reihte Dickens Schnurren und Anekdoten aneinander, verband sie mit einem roten Faden und schickte sie an die Magazine von Chapman & Hall oder Richard Bentley. Große Werke verkauften sich in kleinen Serien besser als in dicken Büchern. Das minimierte das Risiko und ließ die Autoren wissen, was gefragt war.

Dickens hatte bald einen Namen und hohe Auflagen: 40 000 für die „Pickwick Papers“ im Jahr 1837; 50 000 für „Nicholas Nickleby“ 1838; 100 000 für den „Raritätenladen“ 1840. Der „Oliver Twist“ war ein Hit, die junge Queen Victoria las ihn dreimal, Dickens war da noch keine dreißig Jahre alt. Er hatte eine wachsende Familie und eine heimliche Geliebte, er besaß an Londons noblem Regent's Park eine Villa mit zwölf Zimmern und einen Raben als Haustier; er war Kunde der Coutts Bank und nannte Thomas Mitton seinen Anwalt und Finanzberater.

Nur sein jüngster Serienroman „Martin Chuzzlewit“ lief nicht wie erwartet. 20 000 Leser. Das waren zu wenig, auch im Krisenjahr 1843. Dickens baute nach den ersten Nummern sein Figurenkabinett um, schrieb Charaktere wie die stets beschwipste Hebamme Sarah Gamps ins Geschehen, entwarf ein Panoptikum gauerhafter Idioten und beschrieb das Finanzpyramidenspiel einer Versicherung, das später auch als Schneeballsystem bekannt wurde. Doch Vergebens. Die Auflage fiel, Chapman & Hall kürzte das Honorar, 150 statt 200 Pfund. Dickens hatte ein Problem. Seine Frau Catherine war wieder schwanger, er musste für seinen Vater bürgen, dem Bruder helfen und für ein



Wunderwerk: Kinder bestaunen das Manuskript der „Christmas Carol“ von Charles Dickens in der Pierpont Morgan Library in New York.

Foto Anel Franco / The New York Times / Laif

## Dickens' Weihnacht



Foto Picture Alliance

1843 schreibt Charles Dickens seine „Christmas Carol“. Fünfzig Jahre später kauft der Bankier J. P. Morgan das Manuskript. Heute ist es die Attraktion der Saison und ein Riesengeschäft.

Von Stephan Finsterbusch

Waisenhaus spenden. Doch die Kasse war leer. Er löste seine erste Lebensversicherung auf, borgte sich bei Mitton hundert Pfund, ließ die Phantasie spielen und setzte alles auf eine Karte: Er kannte die Villen und die Slums, die Fabriken und die Kinderarbeit, die ganze harte Zeit, und in zwölf Wochen war Weihnacht. Gefühle zum Christfest verkauften sich immer. Autoren wie Gilbert oder Hervey hatten es vorgemacht. Dickens lotete bei Chapman & Hall die Chance für ein Büchlein aus; eine Weihnachtsgeschichte, kurz und bündig, gefühl- und gehaltvoll. Ein sicheres Geschäft. Er wollte alle Kosten tragen und die Hälfte des Gewinns haben. William Hall schlug ein. Dickens ging ans Werk.

Nachts, wenn alles schlief“, schrieb er später an Bob Felton, „marschierte ich fünfzehn oder zwanzig Meilen durch die Stadt.“ Walking and Working. Ein Herr der Finsternis mit gütigen Gedanken. Auf seinen Märschen erdachte er sich Figuren, gab ihnen Namen und Gestalt, sprach mit Scrooge, „der an der Börse viel zählte“, aber „ein raffender alter Sünder“ war; stritt mit dessen totem Firmenpartner Marley, der als Gespenst den Sinn des verlorenen Lebens suchte und dafür die Geister der Zeit anrief; er litt mit Bob Cratchit, der in einer kalten Kammer für 15 Schilling je Woche die Bücher der Firma Scrooge & Marley führte; er weinte mit Tiny Tim, der todkrank, doch lebensmutig war. Passanten, die Dickens laut redend in den dunklen Gassen

sahen, hielten ihn für irre; seine Versicherung hatte schon mehrfach um Attests gebeten; er selbst sah sich in seinem Element. Daheim brachte er alles zu Papier, mit Feder und Tinte. Weihnachten stand vor der Tür. Dickens schrieb wie ein Bessener. Er kringelte immer mal eine Passage aus dem Text, setzte mit feiner Feder ein paar Korrekturen ein, machte am Schluss jeder Strophe einen fetten Schnörkel und schickte die Blätter sofort zur Druckerei. Keine Zeitschrift, keine Reinschrift, die Zeit drängte. Am 2. Dezember schrieb er das Wort „Ende“ auf das letzte Blatt; am 4. hielt er die Druckabzüge in den Händen; am 19. kam das Buch auf den Markt; zur Weihnacht war die Geschichte in den Herzen der Leser.

Die erste Auflage war vergriffen, bevor das Fest begann. 6000 Exemplare zu je fünf Schilling. „Mein größter Erfolg“, freute sich Dickens. Er freute sich zu früh. Hatte er doch mit tausend Pfund Profit gerechnet. Auf seinem Konto aber bei kamen nur 180 Pfund an. Er schrieb an William Hall: „Seid verflucht“. Der Verleger blieb cool und wies auf die Kosten hin: Papier, Druck, Goldschnitt, Einband. Alles war vom Feinsten, das hatte seinen Preis. Nach Angaben des Dickens-Forschers David Perdue lag der bei 800 Pfund, plus Kommission, plus Gewinnabführung, plus Spesen. Ein Viertel der Summe ging auf den Posten Illustrationen. Die kamen vom jungen John Leech. Ein Meister seines Fachs. Er hatte Dickens acht Grafiken gemacht, drei in Farbe, den Rest in schwarzweiß. Sie schmückten das Werk und verhandelten die Bilanz. Das Buch

ging binnen Wochen in die zweite, dritte und vierte Auflage. Die Leser waren begeistert, der Gewinn blieb mager. Dickens halbierte die Kosten für Grafik und Werbung; die Preise für Papier und Druck stiegen. Raubkopien machten die Runde. In Boston wurde das Büchlein zehntausendfach nachgedruckt; in Leipzig lief die Schwarzdruckerei Tauchnitz auf Hochtouren; in London streute Lee & Haddock eine Penny-Edition unters Volk.

Dickens hatte zwei Jahre zuvor scharfe Gesetze für Copyright gefordert, im Januar 1844 zog er vor Gericht. Er borgte sich von Mitton weitere zweihundert Pfund, löste die nächste Lebensversicherung auf und stellte die Raubdrucker vor den Court of Chancery. Drei Tage lang hörte sich der Richter alle Parteien an, dann gab er Dickens recht. „Die Piraten sind geschlagen“, schrieb er. Doch auch geschlagene Piraten sind gefährlich.

Während Dickens von Leipzig am Erlös seines Werks fortan beteiligt wurde, erklärten sich Lee & Haddock für bankrott. Dickens blieb auf seinen Anwaltskosten sitzen; 700 Pfund. Bis Ende des Jahres wird ihm sein Buch 730 Pfund eingebracht haben. Ein Nullsummenspiel. Dickens reagierte, kündigte bei Chapman & Hall, ging zu Bradbury & Evans, beteiligte seine neuen Verleger mit einem Viertel an den Einnahmen aller in den kommenden acht Jahren von ihm noch zu schreibenden Bücher, besicherte das Angebot mit seiner letzten Lebensversicherung und strich zweitausend Pfund ein. Er wird in fünf Jahren vier weitere Geschichten zur Weihnacht vorlegen, wird mit ihnen gute Gewinne, aber nicht mehr



Starschreiber: Charles Dickens um 1865

Foto Getty Images

als literarische Groschenhefte machen; wird Bücher wie „Dombey & Son“ und Werke wie „Bleak House“ schreiben. Mit „Christmas Carol“ hatte er noch eine Rechnung offen.

Im Dezember 1853 hatte Dickens sich entschlossen, für eine Kollekte in Birmingham erstmals öffentlich aus dem Buch zu lesen. Er warb 400 Pfund ein und kam auf eine Idee. Als im Juni 1857 sein Freund Douglas Jerrold gestorben war, mietete er zu einer Spendensammlung für die Familie die St. Martin's Hall in London an. Er verkaufte anderthalbtausend Tickets und fand sich am Ende eines dreistündigen Lesemarathons stehenden Ovationen gegenüber. Mitten im Sommer hatte er seine Weihnachtsgeschichte gelesen, hatte den Jerrolds so einen satten Betrag eingespielt und ein zweites Geschäftsmodell gefunden. Der Vorleser der Nation. Eine Weihnachtsgeschichte für jede Jahreszeit.

In den dreizehn Jahren bis zu seinem Tod wird Dickens nach Angaben seines Biographen Charles Kent 450 öffentliche Lesungen abhalten. In England, Schottland, Irland, Wales und in Amerika. Ausverkaufte Häuser, volle Säle, überfüllte Kirchen. Dickens wird drei Manager beschäftigen, wird vor einer halben Million Menschen auftreten, wird allein 1859 mehr als 20 000 Pfund und 1868 in Amerika eine Viertelmillion Dollar einnehmen. Im Frack und stets mit einer Blume im Revers gab er dem Publikum, was es wollte: Den Mord im Oliver Twist, das Unglückskapitel im Copperfield, die leicht bedröht Mrs Gamp im Chuzzlewit und im-

mer wieder die traumhafte Wandlung des Ebenezer Scrooge. „The Times“ schrieb von Ohnmachtsanfällen in den Sälen, Anne Thackeray von einem „Mystiker auf der Bühne“, Dickens von „Ekstasen im Parkett“. Einmal hatte er vor einer euphorisierten Zuhörerin aus dem Fenster seiner Garderobe fliehen müssen. Groupies im Lesesaal.

Im März 1870 trat er ein letztes Mal ins Rampenlicht. 59 Jahre alt, ausgebrannt und zittrig kam er auf die Bühne der St. James Hall in Covent Garden. Im Saal sein letztes Publikum, vor der Halle Tausende Menschen. Er las aus dem Jugendwerk: die Pickwicks und die Christmas Carol. Ein alter Mann auf seinen frühen Spuren. Die Stimme war dünn, am Ende sagt er „Farewell“. Der Meister trat ab. Zwölf Wochen später war er tot. Hirnschlag. Was blieb, sind seine Schriften.

Keine dreißig Jahre zuvor hatte er nach der Drucklegung die 66 Manuskriptblätter seiner ersten Weihnachtsgeschichte aus der Setzerei geholt, sie in rotes Ziegenleder binden und golden den Namen von Thomas Mitton aufprägen lassen. Er schenkte es dem Freund und Finanzier. Mitton war gerührt. Ein Wertpapier für die Ewigkeit. Fünf Jahre nach Dickens' Tod verkaufte er es für 50 Pfund an einen Händler. Über mehrere Sammler kam es 1890 zu Pearson. Der bot es John Pierpont Morgan an. Der griff zu.

Morgan war reich, mächtig und hatte schon eine kleine Sammlung von Autographen: Washington, Franklin, Jefferson. Nichts besonderes. Er war nach den Worten seines Biographen Ron Chernow ein harter Banker mit einer versteckten Leidenschaft für Kunst; für Dickens hatte er eine Schwäche. Er wog und prüfte das Manuskript; er kannte die Geschichte, er liebte sie und machte Pearson ein Angebot. Eine Rechnung wird es nie geben. Ein Deal unter Gentlemen, eine Inspiration.

So wie einst Dickens seinen Träumen Taten folgen ließ, nutzte Morgan seine Taten für die Erfüllung eines Traums. Ohne je die Börse aus den Augen zu verlieren, wird Amerikas größter Banker bis zu seinem Lebensende 1913 eine der größten Kunstsammlungen der Welt aufbauen: Gemälde, Grafiken, Statuen, Handschriften, Bücher. Dafür gab er nach heutigem Wert eine Milliarde Dollar aus und ließ sich mitten in Manhattan ein Museum bauen. Die „Christmas Carol“ war ein Anfang.

Elf Jahre nach seinem Tod öffnet sein Sohn Jack das Haus des einst so gefürchteten Vaters der Öffentlichkeit. Der Andrang an der Pierpont Morgan Library war groß, Dickens' Handschrift ein Renner. Sie ist es bis heute. Ein Schatz in einer Schatzkammer. Dort wird sie in einer Vitrine hinter Glas alle Jahre wieder zum Advent gezeigt. Das Original im Zeitalter der digitalen Reproduzierbarkeit. Jedes Jahr auf einer anderen Seite geöffnet. 2012 ist Seite 61 dran: Strophe V „Das Ende vom Lied“. Scrooge erwacht aus geisterhaften Träumen, verwirrt, geläutert und geheilt von Geiz und Gier. Es ist der erste Weihnachtstag. Sein erstes Frohes Fest.



## Eurostaaten müssen Finanzlöcher in Griechenland allein stopfen

49 Milliarden Euro Kredit freigegeben

wmu./pwe. BRÜSSEL/WASHINGTON, 13. Dezember. Nach monatelangem Hin und Her haben die Eurofinanzminister weitere Hilfskredite für Griechenland gebilligt. Der Chef der Eurogruppe, Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker, teilte nach einer Sondersitzung in Brüssel mit, die Minister hätten den Krisenfonds EFSF ermächtigt, bis März Kredite von 49 Milliarden Euro an Athen auszus zahlen. Davon sollen 34 Milliarden Euro in den kommenden Tagen überwiesen werden. Dieser Betrag ist nach den Worten von EFSF-Chef Klaus Regling zur Finanzierung dreier Posten gedacht. Rund 16 Milliarden Euro müssen zur Rekapitalisierung griechischer Banken aufgewendet werden, 7 Milliarden Euro für Lücken im Haushalt und

Der Gesamtbetrag von 49 Milliarden Euro ist deutlich höher als die bisher eingeplanten knapp 44 Milliarden Euro.

11 Milliarden Euro für die Finanzierung des griechischen Schuldenrückkaufprogramms. Weitere 15 Milliarden Euro sollen bis Ende März 2013 fließen.

Der Gesamtbetrag von 49 Milliarden Euro ist deutlich höher als die bisher eingeplanten knapp 44 Milliarden Euro. Der Grund ist das Ergebnis des griechischen Schuldenrückkaufs. Die Regierung in Athen hatte den Investoren mehr Geld bieten müssen als von den Ministern ursprünglich vorgesehen. Nach Angaben von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) werden deshalb aus dem laufenden Hilfsprogramm 5,4 Milliarden Euro zur Finanzierung des Schuldenrückkaufs vorgezogen. Dabei gehe es aber nicht um eine Aufstockung. Die Differenz werde vielmehr „in der Laufzeit des Programms von 2014 wieder abgezogen“. Wie das funktionieren soll, sagte Schäuble nicht.

In Verhandlungskreisen hieß es, die Eurogruppe habe nun implizit endgültig eingeräumt, dass die zu erwartenden weiteren Finanzierungslücken im Hilfsprogramm allein von den Eurostaaten zu tragen seien. Es sei damit zu rechnen, dass es Anfang 2014 auf Basis der Haus-

haltsentwicklung des Landes im Vorjahr neue Finanzzusagen der Eurostaaten geben werde, die sich auf etwa 1,5 Prozent des für 2020 erwarteten Bruttoinlandsprodukts belaufen. Eine Möglichkeit dazu wäre, dass die Eurostaaten auf Zinszahlungen für die im ersten Programm vereinbarten bilateralen Kredite vollständig verzichten oder den Zins auf 0,25 Prozent senken.

In einer Erklärung der Eurogruppe heißt es, die jetzigen Beschlüsse dürften dazu beitragen, dass die griechische Staatsschuld bis 2020 auf 124 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sinke. Die Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, lobte die Bereitschaft der Eurogruppe, den Schulderrückkauf zu unterstützen. Damit die vom Fonds für 2020 angestrebte Schuldenquote von 124 Prozent des BIP erreicht wird, hatten die Europäer schon zuvor zugesagt, dass sie früh im Jahr 2015 ein Finanzloch in Höhe von 2,7 Prozent des BIP schließen würden.

Lagarde betonte in ihrer Stellungnahme zugleich, dass das Programm einen weiteren Schuldenabbau auf deutlich unter 110 Prozent des BIP bis 2022 vorsieht. Vertrauend auf die außergewöhnlichen Finanzzusagen der Europäer, die über einen normalen Programmablauf hinausgehen, will Lagarde dem Exekutivdirektorium des Fonds empfehlen, eine weitere Tranche im Griechenland-Programm auszus zahlen. Die Entscheidung des Direktoriums ist nach ihren Worten erst im Januar zu erwarten. Im Rahmen der aktuellen Hilfstanche stehen noch Zahlungen des IWF von 3,3 Milliarden Euro bis März 2013 an.

Grund für das neue Finanzloch im Programm ist, dass der Schuldenrückkauf teurer als erwartet wurde. Griechenland kaufte die Schulden für rund ein Drittel des Nennwerts zurück, während die Eurogruppe und der IWF im November noch von einem Preis von 28 Cent je Euro ausgegangen waren. Damit wird durch den Rückkauf die Schuldenquote Athens netto nur um 9,5 Prozent des BIP anstatt um 11 Prozent gesenkt.

Keine Entscheidung trafen die Minister über ein Hilfsprogramm für Zypern. Es sei weiter offen, wie hoch der Kapitalbedarf der zypriischen Banken sei, hieß es. Endgültige Erkenntnisse darüber würden im Januar erwartet. (Rettter für russische Milliarden gesucht, Seite 24.)

## Mit höherem Grundfreibetrag 67 Euro mehr im Jahr

Im Vermittlungsausschuss haben SPD und Grüne ihre Macht ausgespielt und fast alle Steuerpläne von Union und FDP gestoppt.

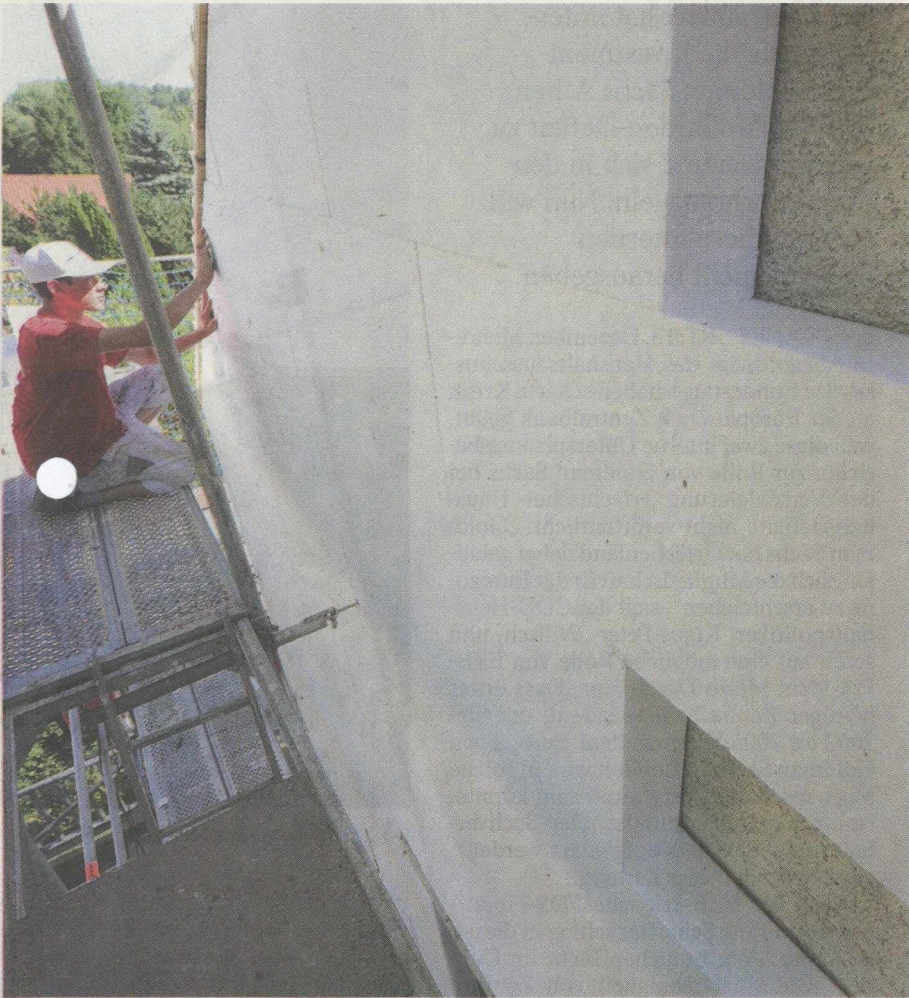
mas. BERLIN, 13. Dezember. Bis zum Schluss haben Union und FDP gehofft, wenigstens das Jahressteuergesetz noch retten zu können. Dass das Steuerabkommen mit der Schweiz nicht über die parlamentarischen Hürden zu hieven war, dass der Steuertarif nicht verschoben werden konnte, dass die über Monate immer wieder aufs Neue vertagte steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung nicht zu retten war, das dagegen nach dem publizistischen Dauerfeuer von SPD und Grünen wenig überraschend gewesen – eher, dass es überhaupt Einigungen gab. Das betrifft Korrekturen in der Unternehmensbesteuerung und im steuerlichen Reisekostenrecht. Abgestimmt werden soll über das Vermittlungsergebnis zwar erst nächstes Jahr. Die Änderungen dürften sich rückwirkend in Kraft setzen lassen.

### ■ Wie sieht der neue Einkommensteuertarif aus?

Das steuerfreie Existenzminimum steigt in zwei Schritten. Es soll 2013 um 126 und 2014 um weitere 224 Euro steigen. Derzeit werden Erwerbseinkommen bis 8004 Euro nicht mit Steuern belastet. Obwohl SPD und Grüne eine entsprechende Verschiebung des Tarifs verhindert haben, soll der Eingangssteuersatz gleichwohl bei 14 Prozent gehalten werden. Das heißt, anschließend schnell die Belastung umso mehr nach oben. Das ist heikel, weil in dem Bereich die Belastung mit steigenden Einkommen besonders schnell wächst. Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler werden die Bürger durch den höheren Grundfreibetrag 2013 um maximal im Jahr 25 Euro entlastet und 2014 nochmals um 42 Euro.

### ■ Kommt jetzt das Splitting für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften?

Dass Union und FDP sich der Mehrheit im Vermittlungsausschuss beugen werden, ist unwahrscheinlich. Sie werden lieber das ganze Jahressteuergesetz 2013 aufgeben, zumal wichtige Elemente aus ihrer



Das Handwerk hofft vergebens auf Steuerrabatte für Gebäudesanierungen.

Foto: épa

Sicht schon herausoperiert worden sind. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) lehnt die Übertragung des Splittings in der Einkommensteuer ab, obwohl die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts diesen Schritt irgendwann erwarten lässt. Die FDP trägt dies aus Koalitionsräsion mit.

### ■ Wie steht es um den geplanten Abbau von Bürokratie im Steuerrecht?

Die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen von Belegen für das Finanzamt ist wieder außer Sichtweite geraten. Dies war Teil des Jahressteuergesetzes, für die Koalition sicherlich ein zentrales Stück. Damit wollte man Unternehmen um Bürokratieaufwand in Milliardenhöhe entlasten. Doch ist diese Änderung mit als Erstes von SPD und Grünen aus dem Jah-

ressteuergesetz herausoperiert worden. Da das Gesetz auch Maßnahmen enthält, die rechtlich geboten wären, ist man nun im Finanzministerium ratlos, wie mit dem Scheitern umzugehen ist.

### ■ Was sind die Folgen des Scheiterns des Steuerabkommens mit der Schweiz?

Bis auf weiteres bleibt es beim Status quo. Nach Angaben von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) verzichten damit Bund, Länder und Gemeinden auf Steuereinnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe. „Ein großer Teil der deutschen Steueransprüche für die Vergangenheit wird unwiederbringlich verjähren“, sagte er voraus. SPD und Grüne bauen dagegen auf die Erfolge der Steuerfahndung mit Hilfe von erworbenen Datenträgern, die Informationen über Bankeinlagen von

Steuerpflichtigen in Deutschland erhalten. Die Schweiz will neue Verhandlungen für alle Zukunft nicht ausschließen. Doch das wird so bald nicht geschehen. Ohne Steuerabkommen entgehen Bund und Länder nicht nur viel Geld für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft. Schließlich war vorgesehen, Einlagen von Deutschen in der Schweiz zugunsten des deutschen Fiskus so zu besteuern, als wenn das Geld in der Bundesrepublik angelegt wäre.

### ■ Was kommt anstelle der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung?

Für die steuerliche Förderung waren insgesamt 1,5 Milliarden Euro vorgesehen. Die Länder haben dies verhindert, weil sie die damit verbundenen Mindereinnahmen nicht tragen wollten. Schon vor dem Scheitern des Gesetzes waren Überlegungen für einen „Plan B“ bekanntgeworden, nach dem der Bund acht Jahre Zuschüsse von 300 Millionen Euro im Jahr aus dem Energie- und Klimafonds für die Gebäudesanierung bereitstellt. Ein Kabinettsbeschluss soll dazu schon bald getroffen werden.

### ■ Was ändert sich in der Unternehmensbesteuerung?

Der Höchstbetrag beim Verlustrücktrag wird von 511 500 Euro auf 1 Million Euro (bei zusammen veranlagten Ehegatten jeweils das Doppelte) angehoben. Für verbundene Unternehmen will man am Ergebnisabführungsvertrag als Voraussetzung für Organschaft festhalten, aber die formalen Anforderungen dafür entschärfen. Die doppelte Verlustnutzung im Körperschaftsteuergesetz wird neu geregelt. Negative Einkünfte einer Gesellschaft bleiben bei der inländischen Besteuerung unberücksichtigt, wenn sie bereits in einem ausländischen Steuerverfahren geltend gemacht wurden.

### ■ Wie werden Dienstreisen künftig steuerlich behandelt?

Das System soll einfacher werden. Für einen Tag Abwesenheit im Inland sollen 24 Euro anerkannt werden; und bei mindestens 8 Stunden Abwesenheit 12 Euro. Bei mehrtägigen Dienstreisen sollen künftig pauschal 12 Euro für den An- und Abreisetag akzeptiert werden, ohne dass dafür wie bisher die Stunden gezählt werden müssen. Zudem soll es nur eine erste Tätigkeitsstätte geben, um Rechtssicherheit zu schaffen.

## Fotos sollen Raucher abschrecken

EU-Kommission schlägt strengere Tabakregeln vor

hmk. BRÜSSEL, 13. Dezember. Zigarettenpackungen sollen in der EU künftig großflächige Warnhinweise und abschreckende Fotos abbilden. Das geht aus einem internen Entwurf für die Überarbeitung der Tabakrichtlinie hervor, die der federführende Gesundheitskommissar Tonio Borg Mitte der kommenden Woche offiziell in Brüssel vorstellen will. Insgesamt will die Europäische Kommission 75 Prozent statt den momentan vorgeschriebenen 40 Prozent der Vorder- und Rückseite der Verpackung für die Gesundheitshinweise reservieren, darunter die Warnung: „Rauchen tötet – jetzt aufhören“. Die abschreckenden Fotos sollen etwa faulende Zähne oder vom Krebs zerfressene Lungen abbilden. Die in Australien schon vorgeschriebene und auch in der EU-Kommis-

sion dann nicht mehr in der EU verkauft werden. Nicht ändern will die Kommission die geltenden Obergrenzen für den Nikotin- und Teergehalt. Sie sollen bei 1 Milligramm und 10 Milligramm liegen.

Die Vorlage der Vorschläge zur neuen Tabakrichtlinie hat besondere politische Brisanz. Die Kommission ringt schon seit Jahren darum, inwieweit die Vorgaben verschärft werden sollen. Die Präsentation wurde immer wieder verschoben. Zuletzt war der Vorgänger von Borg als Gesundheitskommissar, John Dalli, über die Reform der Richtlinie gestolpert. Er war von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso im Oktober zum Rücktritt bewegt worden, weil er von Versuchen, die Gesetzgebung zu beeinflussen, gewusst haben, dies allerdings nicht gemeldet haben soll. Ein Dalli bekannter Geschäftsmann aus Malta soll einem schwedischen Tabakkonzern angeboten haben, für 60 Millionen Euro die Legalisierung des schwedischen Lutschtabaks Snus in der gesamten EU durchzusetzen. Snus soll nun – wie allerdings auch in allen von Dalli erarbeiteten vorherigen Entwürfen – weiterhin nur in Schweden erlaubt sein.

Tabakkonzerne und Wirtschaftsverbände übten Kritik an dem durchgesehenen Regelungsentwurf. Großflächige Gesundheitswarnungen über drei Viertel der Packungsfläche seien überzogen, schrieb der Präsident des europäischen Dachverbands Business Europe, Jürgen Thumann, in einem Brief an Barroso. „Solche Maßnahmen wären höchst alarmierend und gehen an die Substanz, was Wert und Ziel des geistigen Eigentums von Unternehmen angeht – Produkte zu unterscheiden und innerhalb und außerhalb des Binnenmarktes zu konkurrieren“, heißt es in dem Brief.

In dieser Form stellten die Vorstellungen der EU-Kommission einen massiven Eingriff in die unternehmerische Freiheit sowie eine Gängelung und Bevormundung des Verbrauchers in bislang unbekanntem Ausmaß dar, teilte das Unternehmen British American Tobacco mit, das etwa die Marken Gitane und HB verkauft. Die EU-Kommission führe die Einheitsverpackung faktisch durch die Hintertür ein und zerstöre somit Markenwerte, die Unternehmen über Jahre aufgebaut haben, teilte der Konzern Reemtsma mit, der unter anderem West oder Gauloises herstellt. Beide drohten der Kommission mit rechtlichen Schritten. Auf positive Resonanz stieß der Vorschlag hingegen im Europäischen Parlament. Der CDU-Abgeordnete Peter Liese bezeichnete den Entwurf als ausgewogen. Von einer Enteignung der Konzerne könne keine Rede sein, da die Marken erhalten blieben. Kompromissbereitschaft deutete der Abgeordnete Karl-Heinz Florenz (CDU) an: Über die Größe der Warnhinweise könne man reden.



Schock-Therapie

Foto: dpa

sion debattierte neutrale Einheitsverpackung ohne eigenes Markenlogo ist hingegen vom Tisch.

Weiterhin will die Kommission alle Geschmackszusätze verbieten, die den Tabakgeschmack klar verändern. Zusätze wie Menthol erleichterten den Einstieg in das Rauchen von Zigaretten und müssten deshalb untersagt werden, heißt es in dem Entwurf. Untersagen will die Behörde auch, den Zigaretten Vitamine, Koffein oder andere positiv besetzte Stoffe beizufügen. Das gilt auch für Farbstoffe. Minderwertiger Tabak aus Ländern wie Griechenland oder Bulgarien soll aber auch künftig durch die Zugabe von Zucker geschmacklich verbessert werden dürfen. Der Durchmesser der Zigaretten soll künftig immer zwischen 7,5 und 8,5 Millimetern liegen. Sogenannte Slim-Zigaretten, also besonders dünne Zigaretten, dürften

Bei diesen Temperaturen zur Bank?

Wir kommen jetzt auch zu Ihnen.

Neu: HVB Videoberatung

Zu uns führen viele Wege – mit der HVB Videoberatung entscheiden Sie selbst, wann und wo Sie Zeit für uns haben. Wir informieren Sie persönlich zu allen Fragen rund um Konten, Kreditkarten, Sparen sowie Immobilienfinanzierung. Werktags sogar bis 22 Uhr und auch am Wochenende. Jetzt auf hvb-videoberatung.de

Smart Banking: Bank ist, wo Sie sind.

Willkommen bei der

HypoVereinsbank

Member of UniCredit

Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Wir sind für Sie da.



## Viele Beschäftigte bekommen deutlich mehr Geld

svs. FRANKFURT, 13. Dezember. Kräftige Tarifierhöhungen haben dafür gesorgt, dass die Löhne und Gehälter vieler Beschäftigter in Deutschland spürbar gestiegen sind. In zahlreichen Branchen sahen die Abschlüsse 2012 Steigerungen zwischen 3 und 4 Prozent vor und lagen damit erkennbar über denen des Vorjahres, teilte das WSI-Tarifarchiv am Donnerstag mit, das zur gewerkschaftseigenen Hans-Böckler-Stiftung gehört. Da der Anstieg der Verbraucherpreise rund 2 Prozent betragen dürfte, werden viele Beschäftigte am Ende tatsächlich mehr Geld in der Tasche haben. „Auf das ganze Jahr gerechnet, ist daher mit einer realen Steigerung der Tarifverdienste zu rechnen“, sagte WSI-Leiter Reinhard Bispinck.

Allein rund drei Millionen Beschäftigte haben vom Abschluss für die Metall- und Elektroindustrie im Mai profitiert, der ein Lohn- und Gehaltsplus von 4,3 Prozent vorsieht. Die Mitarbeiter von Betrieben der chemischen Industrie konnten sich sogar über einen Aufschlag von 4,5 Prozent freuen. Auch im öffentlichen Dienst, der in den vergangenen Jahren auch mal eine Nullrunde hinnehmen musste, gab es diesmal einiges zu verteilen: Die Mitarbeiter von Bund und Gemeinden bekamen im Frühjahr ein Gehaltsplus von 3,5 Prozent, und im kommenden Jahr gibt es dann zwei weitere Anhebungen um jeweils 1,4 Prozent. Dann laufen auch die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst in den Ländern aus. Verdi geht mit einer Forderung von 6,5 Prozent mehr Geld in die Gespräche. Auch die Metall- und Elektroindustrie steht vor einer neuen Runde.

### ANZEIGE

Weltweite Kompetenz in der Verbindungs- und Montagetechnik  
Familiengeführt seit 135 Jahren  
**BOLLHOFF**  
Joining together!  
zi@boellhoff.de – www.boellhoff.de

## Forscher streiten über die Größe der Mittelschicht

ppl. FRANKFURT, 13. Dezember. Eine neue Studie hat die Debatte über den Zustand der Mittelschicht in Deutschland angeheizt. Nach einer Analyse der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und der Universität Bremen ist der Anteil der zur Mittelschicht zählenden Bürger in den vergangenen fünfzehn Jahren von 65 auf 58 Prozent gesunken. Zur Mittelschicht zählen sie alle Bürger, die ein verfügbares Einkommen von 70 bis 150 Prozent des mittleren Einkommens haben. Diese Einkommen werden nach Haushaltsgröße gewichtet. Kritiker des Konzepts wenden ein, dass die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft und hohe Scheidungsraten Einfluss auf die „bedarfsgewichteten“ Einkommen haben – diese werden je nach Haushaltsgröße hoch oder runtergerechnet. Eine andere DIW-Studie erklärte jüngst Anzeichen für eine Kehrtwende bei der Einkommensungleichheit. Der Höhepunkt sei wohl seit 2005 überschritten. Das Institut der deutschen Wirtschaft bekräftigte im Gegensatz zum DIW: „Die Mittelschicht ist stabil.“ Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung legte jüngst eine Studie des Wirtschaftswissenschaftlers Christian Arndt vor, die zu demselben Ergebnis kommt. „Je nach Wahl der Einkommensgrenzen beträgt der Bevölkerungsanteil der mittleren Einkommensschichten 2009 zwischen 78 und knapp 60 Prozent.“ Auch in der Selbsteinschätzung der Menschen sei kein Schrumpfen der Mittelschicht festzustellen.

## Institute erwarten nur eine schwache Erholung

ppl. FRANKFURT, 13. Dezember. Die deutsche Wirtschaft wird nach einer Schwächephase im Winter im nächsten Jahr eine allmähliche Erholung starten. Davon geht das Münchner Ifo-Institut aus. Es rechnet mit einer um 0,3 Prozent schrumpfenden Wirtschaftsleistung im Schlussquartal dieses Jahres. „Mit dem Abgleiten in eine ausgewachsene Rezession ist aber aus heutiger Sicht nicht zu rechnen“, heißt es in der am Donnerstag vom Ifo-Institut präsentierten Konjunkturprognose unter Verweis auf den zuletzt erstmals seit sechs Monaten wieder gestiegenen Ifo-Geschäftsklimaindex. Für 2013 sagen die Ökonomen wie in diesem Jahr 0,7 Prozent Wachstum voraus. Dies ist etwas mehr als die Bundesbank und die Wirtschaftsforschungsinstitute RWI und HWWI. „Getragen von der Binnennachfrage dürfte die Konjunktur im kommenden Jahr wieder an Fahrt gewinnen, sofern die europäischen Schuldenkrisen nicht erneut eskaliert“, heißt es in der am Donnerstag vom Ifo-Institut präsentierten Konjunkturprognose. Alle Vorhersagen stünden aber unter dem Vorbehalt, dass es in der Euro-Krise nicht neue Turbulenzen gebe. Auch das Institut für Wirtschaftsforschung Halle rechnet für das kommende Jahr mit einem Wachstum von 0,7 Prozent. 2014 könnten es dann 1,5 Prozent plus sein. Die Arbeitslosigkeit steige leicht von 6,5 auf 6,7 Prozent.

# EZB will brisante Griechen-Berichte nicht offenlegen

Die Zentralbank hat untersucht, wie die Investmentbank Goldman Sachs Athen half, ein Milliarden-Defizit zu verschleiern und sich in den Euro zu schmuggeln. Nun will die EZB diese internen Berichte nicht herausgeben.

ppl. FRANKFURT, 13. Dezember. Mehrere Abgeordnete des Haushaltsausschusses des Bundestages haben scharfe Kritik an der Europäischen Zentralbank geübt, weil diese zwei interne Untersuchungsberichte zur Rolle von Goldman Sachs bei der Verschleierung griechischer Haushaltsdefizite nicht veröffentlicht. „Goldman Sachs hat Griechenland dabei geholfen, sich die Mitgliedschaft in der Eurozone zu erschleichen“, sagt der CDU-Haushaltspolitiker Klaus-Peter Willsch und spielt auf eine mögliche Rolle von EZB-Präsident Mario Draghi an: „Dass unser heutiger Zentralbankpräsident, der von 2002 bis 2005 Vizepräsident Europa von Goldman Sachs in London war, in solche Machenschaften verwickelt sein könnte, beunruhigt mich zutiefst. Der Sachverhalt muss lückenlos aufgeklärt werden“, sagte Willsch dieser Zeitung.

Auch der EZB-kritische FDP-Finanzpolitiker Frank Schäffler schlug in dieselbe Kerbe: „Wir brauchen Licht im Dunkel.“ Die Unabhängigkeit von Zentralbanken reiche nicht weiter als ihr geldpolitisches Mandat. „Außerhalb dessen sind sie politisch wie rechtlich verantwortlich. Ein Sonderrecht für Zentralbanken darf es nicht geben, sonst werden sie zum intransparenten Staat im Staat.“ Auch der SPD-Haushaltspolitiker Carsten Schneider forderte mehr Transparenz von der EZB. Dies gelte auch für „alle Unterlagen im Zusammenhang mit Griechenland-Transaktionen, die zumindest den Parlamenten zugänglich sein müssten“, sagte er gegenüber „Welt online“. Hingegen sagte der stellvertretende Unionsfraktionschef Michael Meister, die Unabhängigkeit der EZB sei zu respektieren. Die Grenze der Transparenz sei dort erreicht, wo mehr Offenheit den Auftrag der EZB gefährde.

Hintergrund des Streits ist ein Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union in Luxemburg von Ende November. Die Richter wiesen damit eine Klage der Nachrichtagentur Bloomberg gegen die EZB ab, die schon vor zwei Jahren eine Herausgabe von zwei internen Dokumenten beantragt hatte. „Die Verbreitung dieser Dokumente hätte den Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik der Union und Griechenlands beeinträchtigt“, lautet die Kernaussage der Richter.

Im ersten der beiden Dokumente ging es um komplizierte Währungsswaps, welche die Investmentbank Goldman Sachs für die griechische Regierung konstruiert hatte und mit denen Athen vor Ein-



Im Zentrum des Interesses: Mario Draghi

Foto Bloomberg

tritt in die Währungsunion 2001 einen verdeckten Kredit im Milliardenhöhe erhielt, der nicht in der offiziellen Schuldenstand- und Defizitstatistik auftauchte. Der zweite Bericht bezieht sich auf die Briefkastenfirma Titlos, die von der privaten National Bank of Greece 2009 gegründet wurde, die 2005 Swap-Papiere von Goldman Sachs gekauft hatte. Sie reichte sie dann bei der EZB als Sicherheiten ein, um sich frisches Geld zu leihen. Beide Transaktionen sind nur in groben Zügen bekannt, das genaue Vor-

gehen und der Verantwortung für die Defizitverschleierung liegen im Dunkeln.

Das Gericht der Europäischen Union befand nun, dass die beiden Berichte vom März 2010 lediglich – wie die EZB argumentiert – „Momentaufnahmen“ gewesen seien. Die EZB begründete ihre Weigerung zur Veröffentlichung damit, dass die Informationen „veraltet“ gewesen seien. „Daher würde die Verbreitung dieser Informationen ein hohes und gravierendes Risiko einer schwerwiegenden Irreführung der Öffentlichkeit im Allge-

meinen und der Finanzmärkte im Besonderen darstellen.“ Sie hätte sich auch negativ auf Griechenlands Zugang zu neuen Krediten auswirken können, schrieb das Luxemburger Gericht.

Die Nachrichtenagentur Bloomberg prüft derzeit, ob sie den Fall bis vor den EuGH tragen soll. „Ich hoffe, dass Bloomberg in Revision geht“, sagt der CDU-Abgeordnete Willsch. „Schuldige der Griechenland-Transaktionen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, eventuell droht Verjährung“, warnt er. Willsch will das Thema auf der nächsten Sitzung des Haushaltsausschusses ansprechen und die Bundesregierung befragen. „Der Vorwurf übelster Tricksereien durch Griechenland ist ungeheuerlich“, sagt Uwe H. Schneider, Direktor des Instituts für deutsches und internationales Bankrecht an der Universität Mainz. „Die EZB verliert unser Vertrauen, wenn sie sich auf Vertraulichkeit beruft. Das schürt den Verdacht, dass der Vorwurf begründet ist.“

Der Jurist Gunnar Beck, der an der Universität von London EU-Recht lehrt, kritisierte, die Zentralbank habe zu viel Ermessensspielraum, was die Veröffentlichung der Papiere angeht. „Manche unken, dass darin Verweise auf Draghis Rolle sein könnten. Es wäre im Interesse der EZB, die Dokumente offenzulegen, denn 10 Jahre alte Vorgänge werden die Märkte nicht destabilisieren, es sei denn, es wird etwas vertuscht.“ Draghi kam Anfang 2002, also nach Griechenlands Eintritt in den Euro und nach Abschluss der Swap-Geschäfte, zu Goldman Sachs. Zuvor lehrte er kurz an der Kennedy School of Government und war viele Jahre im hohen italienischen Staatsdienst.

## Giacomo Draghi, der Zinshändler

Kritiker verweisen süffisant auf den Umstand, dass der Sohn des EZB-Präsidenten, Giacomo Draghi, bei der Bank Morgan Stanley ausgerechnet mit Zinspapieren handelt. Die Zeitung „Daily Telegraph“ spießte dies erstmals auf. Im EU-Parlament hat der italienische Abgeordnete Mario Borghesio jüngst danach gefragt. Die EZB verwies auf ihre Ethik-Richtlinien und versicherte: „Die Objektivität, Unparteilichkeit und Integrität des Verhaltens der professionellen Aktivitäten aller Mitglieder der EZB-Entscheidungsorgane ist vollständig gewahrt.“

Giacomo Draghi handelt seit elf Jahren Staatsanleihen bei Morgan Stanley, also schon lange bevor sein Vater 2011 EZB-Präsident wurde. Es

gibt in London Tausende Familien und Ehepaare, die bei unterschiedlichen Banken arbeiten, woraus sich zum Teil erhebliche Interessenkonflikte ergeben können. Für den Fall, dass ein Händler Insiderinformationen erhält, ist es ihm strafrechtlich untersagt, darauf zu handeln. Er müsste die Kontrollstelle der Bank informieren und würde zunächst vom Handel suspendiert. Morgan Stanleys Research-Team um Elga Bartsch und Joachim Fels war im Spätherbst 2011 – neben Uncredit – eines der ersten, die die überraschende Zinssenkung am 3. November vorhersagten, kurz nachdem Draghi EZB-Chef wurde. Bartsch und Fels zählen in der City zu den erfolgreichsten Notenbank-B Beobachtern. (ppl./bes.)

## Rückendeckung für die Reeder

Rösler fordert Überprüfung der neuen Steuerpraxis

jch./rit. BERLIN/HAMBURG, 13. Dezember. Die deutschen Reeder erhalten in ihrem Kampf gegen die plötzliche Erhebung einer Versicherungssteuer für Schiffe, die in sogenannten Einnahme-Pools unterwegs sind, Rückendeckung aus der Politik. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) „dringend“ aufgefordert, die neue Steuerpraxis zu prüfen. Diese stelle eine erhebliche Belastung für die Branche dar und könne krisenverschärfende Wirkung haben, schrieb Rösler in einem Brief an Schäuble, den er auch an den Präsidenten des Verbandes Deutscher Reeder (VDR), Michael Behrendt, sandte.

Behrendt hatte Ende vergangener Woche an Schäuble appelliert, diese „völlig absurde Besteuerung“, die es in keinem anderen Land der Welt gebe, per Erlass

zu stoppen (F.A.Z. vom 8. Dezember). Das Bundeszentralamt für Steuern erachtet bestimmte Schiffs-Pools neuerdings als Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und verlangt rückwirkend für die vergangenen sieben Jahre 19 Prozent Versicherungssteuer. Die Forderungen könnten sich auf Hunderte Millionen Euro summieren und für viele Reeder den Todesstoß bedeuten, warnte VDR-Geschäftsführer Ralf Nagel. Nach Ansicht Röslers kann die Bildung von Pools, bei denen die Erlöse verschiedener Schiffe gebündelt und so Einnahme-Poolen ausgeglichen werden, ein geeignetes Mittel zur Überwindung der Krise sein. Auch andere Minister und Abgeordnete aus Bund und Ländern haben Schäuble inzwischen gebeten, im Sinne der Reeder einzuschreiten und der neuen Steuerpraxis einen Riegel vorzuschieben.

## Krebsregister sollen 2013 starten

Krebshilfe und Krankenkassen sind Hauptgeldgeber

ami. BERLIN, 13. Dezember. Bund und Länder sind sich über die Finanzierung der von 2013 an geplanten klinischen Krebsregister fast einig. Den Löwenanteil an den Kosten für den Aufbau der Infrastruktur von 8 Millionen Euro wird die von Kleinspendern finanzierte Deutsche Krebshilfe e.V. übernehmen. Die auf 57 Millionen Euro im Jahr geschätzten Betriebskosten soll zum weit überwiegenden Teil die gesetzliche Krankenversicherung tragen. Das teilten Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) und der Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz der Länder, der saarländische Sozialminister Andreas Storm (CDU), am Donnerstag mit. Das Gesetz soll nächstes Frühjahr in Kraft treten.

Der Vorstandsvorsitzende der Krebshilfe, Hans-Peter Krämer, sagte, die Tatsache, dass die Krebshilfe bei einem Jah-

resetat von 90 Millionen Euro 7,2 Millionen Euro für den Aufbau der Register aufwenden wolle, unterstreiche die Bedeutung des Projektes für die Krebskranken.

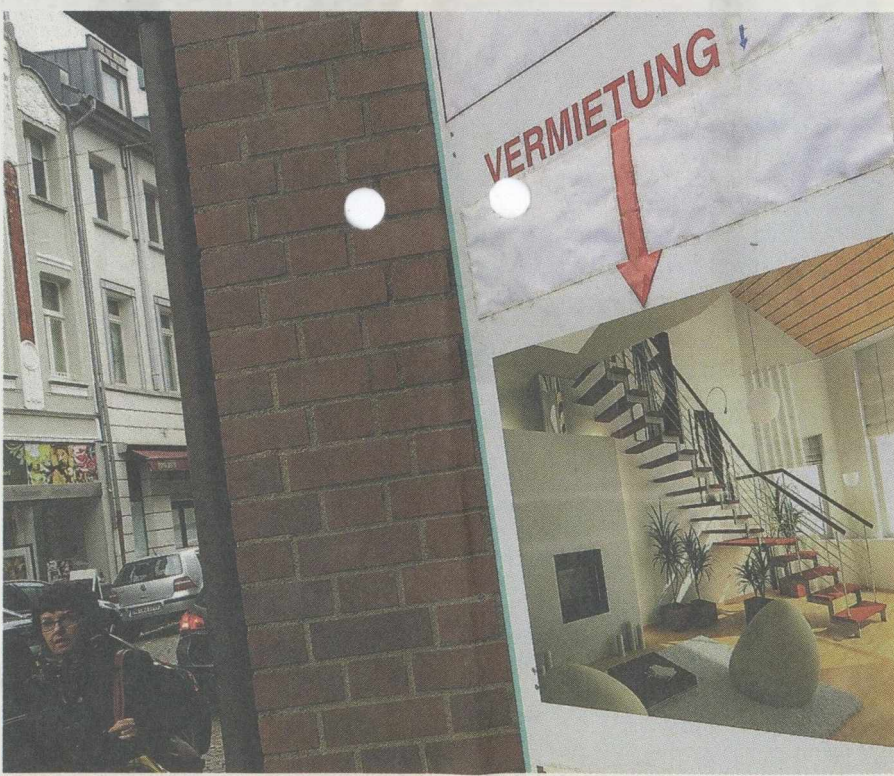
Die Register sollen zwar in Verantwortung der Länder, aber nach bundesweit einheitlichen Regeln bis 2018 entstehen. Ziel ist es, mehr als 90 Prozent aller Patienten zu erfassen und jede Station einer Behandlung, von der ersten Verdachtsdiagnose bis zum Tod, genau zu dokumentieren sowie die Daten gegebenenfalls vergleichen zu können. Fachleute erhoffen sich davon eine deutliche Verbesserung der Behandlungsqualität heutiger und künftiger Patienten.

Krebs ist mit 218 000 Todesfällen nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen die zweithäufigste Todesursache in Deutschland. Jedes Jahr werden 470 000 Neuerkrankungen registriert, Tendenz steigend.

# Mieter sehen sich durch Neuregelung geschwächt

Bei Sanierungen darf die Miete zeitweise nicht gemindert werden / Raschere Räumungsverfahren

jch. BERLIN, 13. Dezember. Der Deutsche Mieterbund kritisiert, dass die Koalition die Rechtsposition der Mieter schwächt. Der Gesetzentwurf der Regierung kappt Mieterrechte bei energetischen Sanierungen und erleichtert Räumungen im Fall säumiger Mieter (F.A.Z. vom 13. Dezember). „Angesichts drastisch steigender Mieten und einer Wohnkostenbelastung auf Rekordniveau brauchen wir Mietrechtsverbesserungen und keine Verschlechterungen“, sagte Mieterbund-Direktor Lukas Siebenkotten vor der Beratung des Gesetzentwurfs im Bundestag am Donnerstag. „Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Änderungen schaffen das Mietminderungsrecht zeitlich befristet ab und weichen den gesetzlichen Kündigungsschutz auf.“ Vorgehen ist, dass Mieter im Fall energetischer Gebäudesanierungen drei Monate lang die Miete nicht mindern können. Auch die Mieter profitieren vom geringeren Energieverbrauch, sagt die Union. Elf Prozent der Sanierungskosten dürfen auf die Miete im Jahr umgelegt werden. Die Grünen kritisieren, dass die Aufhebung der Mietminderung nicht zu einer Investitionsflut beim energieeffizienten Bauen führe. Weiter sollen Vermieter rascher



Wohnungsangebot in Düsseldorf: Viele beklagen hohe Mietpreise in Städten.

Foto dpa

und kostengünstiger Räumungsverfahren erreichen. Dies gilt „Mietnomaden“, deren Anzahl zwar gering ist, aber private Vermieter oft in Schwierigkeiten bringt.

Wohnungsmieten sollen zudem nur noch um 15 Prozent in drei Jahren statt wie bisher um 20 Prozent steigen dürfen, sofern die Bundesländer dies jeweils für einzelne Regionen beschließen. Das soll der CDU-Bundestagsabgeordneten Andrea Voßhoff zufolge verhindern, dass Mieter wegen einer erhöhten Miete in nachgefragten Gebieten aus ihren Wohnungen ausziehen müssen. Die Opposition kritisiert dies als nicht ausreichend. „Es ist frech und unverschäm, wenn Schwarz-Gelb das neue Mietrecht jetzt als soziale Wohltat anpreist und behauptet, dass damit die Verdrängung von Mietern aus begehrten Wohnlagen verhindert würde“, sagte die SPD-Abgeordnete Christine Lambrecht. Der Mieterverband verlangte, dass Steigerungen für Neuvermietungen auf höchstens 10 Prozent der örtlichen Vergleichsmiete begrenzt werden. Der FDP-Politiker Stephan Thomaie hält dagegen: „Wer etwa in München eine teure Wohnung baut oder kauft, braucht auch entsprechende Mieten, um das zu refinanzieren.“

## Briten hellhörig nach Vorstoß von Notenbankern

bes. LONDON, 13. Dezember. Von der britischen Regierung ist der Vorstoß des künftigen Gouverneurs der Bank von England, Mark Carney, über eine veränderte Notenbankpolitik nachzudenken, mit Zustimmung kommentiert worden. „Es zeigt, dass Carney ein Notenbanker seiner Generation ist. Es ist interessant, was er zu sagen hat“, wurde der Sprecher des britischen Schatzamtes in London zitiert. Der Gouverneur der kanadischen Notenbank, der im Juli die Nachfolge von Mervyn King als Chef der Bank von England antreten wird, hatte in einer Rede vorgeschlagen, dass sich eine Notenbank in extremen Notzeiten womöglich nicht nur an einem Inflationsziel ausrichten solle, sondern auch am Wirtschaftswachstum. Bisher hatte die Bank von England unter King dies strikt abgelehnt. Schatzkanzler George Osborne allerdings kannte die unorthodoxe Sichtweise von Carney, bevor er ihn kürzlich zum Nachfolger von King berief. Eine Ausrichtung am Wirtschaftswachstum würde der Bank von England eine expansivere und länger anhaltende lockere Geldpolitik erlauben, um die Konjunktur zu stützen. Allerdings müsste die geldpolitische Ausrichtung der Bank von England, die jedes Jahr im März festgelegt wird, überholt werden. Osborne musste erst vergangene Woche eingestehen, dass seine Haushaltssanierung aus dem Ruder läuft.

## EZB bekräftigt Wirkung von Sparpolitik

ppl. FRANKFURT, 13. Dezember. Die Europäische Zentralbank hat bekräftigt, dass eine „gut ausgestaltete Haushaltskonsolidierung“ der Krisenländer zu einer dauerhaften strukturellen Verbesserung ihrer Finanzen führt. Die EZB tritt damit Kritikern entgegen, die vor „Kaputtsparen“ warnen. Diese hatten jüngst durch Aussagen aus dem Internationalen Währungsfonds neue Nahrung bekommen. Die IWF-Ökonomen hatten den sogenannten Fiskal-Multiplikator – wie stark sich Änderungen von Staatsausgaben auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken – höher als früher angesetzt. Die EZB bezeichnet es nun in ihrem neuen Monatsbericht als „extreme Ansicht“, dass die Multiplikatoren derzeit womöglich so groß seien, dass sich eine Haushaltskonsolidierung zumindest auf kürzere Sicht selbst aufzehren würde.

## Mehr Zuwanderer für Deutschland erwartet

svs. FRANKFURT, 13. Dezember. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in vielen europäischen Ländern werden Deutschland in den kommenden Jahren deutlich mehr Zuwanderung beschern. In diesem Jahr dürften es im Saldo 389 000 Personen sein, bis 2017 insgesamt sogar 2,2 Millionen Menschen, wie das Wirtschaftsforschungsinstitut Kiel Economics berechnet hat. Der Höhepunkt wäre demnach 2014 mit mehr als einer halben Million Menschen erreicht. Im langjährigen Durchschnitt beträgt die Zuwanderung nach Deutschland rund 200 000 Personen, in den vergangenen Jahren war der Saldo jedoch auch mal negativ. Die Forscher erwarten, dass sich der deutsche Arbeitsmarkt auch in den kommenden Jahren gut entwickelt.

### Kurze Meldungen

#### Dienstwagensteuer bleibt

Wer seinen Dienstwagen auch privat nutzen darf, kann nicht mit einer Verringerung seiner Steuerlast für diesen finanziellen Vorteil rechnen. Der Bundesfinanzhof in München ließ am Donnerstag in einem Musterverfahren keine Zweifel an der geltenden Besteuerung erkennen. Der Senat habe wenig Neigung, den Fall wegen verfassungsrechtlicher Bedenken dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen, sagte die Vorsitzende Richterin Karin Heger. Eine Entscheidung wird aber erst im kommenden Jahr erwartet. Der Bund der Steuerzahler hatte das Verfahren angestoßen, weil er die Besteuerung von privat genutzten Dienstwagen für zu hoch hält. Der Listenpreis der Hersteller sei als Bemessungsgrundlage nicht mehr zeitgemäß. dpa

#### Kassenvorschlag abgelehnt

Die Apotheker lehnen den Vorschlag der Krankenkassen für eine Übergangslösung im Streit um die 2013 fälligen Rabatte ab. Der Vorschlag (F.A.Z. vom 11. Dezember) sei keine Antwort auf die Sachfragen und damit auch kein Ansatzpunkt für neue Gespräche, erklärte der Deutsche Apothekerverband. Den Streit um die Höhe des Zwangsabatts 2013 soll eine Schiedsstelle entscheiden. Ab Januar müssen die Apotheker den Kassen auf den Packungspreis von 8,35 Euro einen Rabatt von 1,75 Euro gewähren, die Kassen verlangten 2,205 Euro. Die Kassen fürchten nun, dass viele Apotheker wegen der unklaren Rechtslage ab Januar gar keinen Rabatt gewähren. ami